



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 19.04.2024 bis 26.04.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Junge Christin entführt	4
Bangladesch: Gefährdete Christen	5
Belgien: So sieht „Cancel Culture“ aus	6
China: Hilfe für die Familien von inhaftierten Christen	7
China: Weltgebetstag um geistliche Berufungen	9
Deutschland: AfD übt scharfe Kritik an Kirchen	10
Deutschland: Älteste Baptistengemeinde in NRW löst sich auf	11
Deutschland: Gewaltexzess wegen Kreuz an Halskette!	12
Deutschland: Israelfreunde kritisieren Freistaat Sachsen wegen Spende für Gaza	13
Deutschland: Jeder zweite jugendliche Muslim befürwortet einen Gottesstaat	14
Deutschland: Kongress gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung	15
Deutschland: Pfarrer muss sich vor Gericht wegen fahrlässiger Tötung verantworten	16
Deutschland: Psychotherapeutin - Prostitution ist hochgradig traumatisierend	17
Deutschland: Stephanus-Sonderpreise würdigen Einsatz für Bergkarabach	18
Deutschland: Yassir Eric- der ungewöhnlichste Bischof der Welt	19
Europa: Menschenhandel - EU-Parlament verschärft Richtlinie	21
Europa: Sabatina James beklagt Entchristianisierung Europas	22
Finnland: „Fall Räsänen“ kommt vor den Obersten Gerichtshof	23
Indien: Sikh-Kriegergruppe greift Christen an	24
Israel: Eskalation befürchtet	25
Israel: Gescheiterter Anschlag in Jerusalem	26
Israel: Malawi eröffnet Botschaft in Israel	27
Israel: Seltene Einblicke in den Gazastreifen	28
Italien: Tunesischer Konvertit von muslimischen Landsmännern angegriffen	31
Katar: Antisemitische Äußerung	32
Kongo: Allein im März 50 Christen getötet	33
Malawi: Malawier zurück aus Mosambik	34
Myanmar: Baptistenpastor und Menschenrechtler kommt frei	35
Nepal: Hindu-Nationalismus wird zu einer wachsenden Bedrohung für Christen	36
Nigeria: „Chibok-Mädchen“ seit 10 Jahren entführt	37
Nordkorea: Freies Radio - Ein gewagter Akt des Aufbegehrens gegen die Tyrannei	39

Pakistan: Gericht stuft unterschiedliches Mindest-Heiratsalter als diskriminierend ein	40
Philippinen: 500.000 Kinder von sexueller Ausbeutung betroffen	42
Sudan: Ein Jahr Krieg – Christen im Kreuzfeuer	43
Südsudan: Nach Freilassung des Hauptverdächtigen	44
Ukraine: „Unglaubliche Selbstaufopferung“ der Evangelikalen	45
USA: Anti-israelische Kundgebungen	46

Ägypten: Junge Christin entführt

Eltern und Hilfswerk befürchten, dass sie Opfer einer Zwangsislamisierung ist

Kairo (IDEA) – In der ägyptischen Hauptstadt Kairo ist eine 19-jährige Christin entführt worden. Das berichtet das Hilfswerk „Christen in Not“ (CiN/Wien). Mehrael Asaad Romani verschwand am 21. April nach einer Prüfung in ihrer Mädchenschule. Laut CiN sind sich die Eltern sicher, dass sie verschleppt und gezwungen wurde, zum Islam überzutreten. Sowohl die Polizei als auch islamische Geistliche hätten nicht auf Bitten der Eltern um Hilfe reagiert. Der Generalsekretär des Werks, Elmar Kuhn, kritisierte diese Ignoranz. Wenn es sich um ein muslimisches Mädchen handelte, würde „nicht nur die muslimische Gemeinschaft Alarm schlagen, die Kirchen würden ebenso protestieren, die Polizei würde sofort eingreifen“. Kuhn fragte im Blick auf einen weiteren Fall: „Sind nach der Entführung von Arene in Assiut jetzt auch in Kairo christliche Mädchen Freiwild geworden?“ Er bezieht sich dabei auf das Verschwinden der Medizinstudentin Arene Ibraheam Sheata (20), die nach einem Examen in der mittelägyptischen Stadt Assiut am 22. Januar entführt worden war. Zwar habe die Polizei am 23. Januar eine Vermisstenanzeige aufgenommen, seitdem sei aber nichts passiert und die junge Frau weiter verschwunden. Kuhn: „Entführung von jungen Frauen hat in unserer Welt von heute nichts mehr zu suchen. Menschenrechte gelten auch und gerade für religiöse Minderheiten.“ Man dürfe nicht zuschauen, wie die Welt weiter verrotte. Er rief Medien, Politik und die Zivilgesellschaft dazu auf, sich bei der ägyptischen Botschaft für die entführten Mädchen einzusetzen. Nach Ansicht Kuhns muss der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi endlich den Sicherheitsapparat seiner Regierung zum Schutz der Bevölkerung einschalten. Auch müsse er die religiösen Führer in die Pflicht nehmen, um solche Entführungen zur Zwangsislamisierung und Verschleppung ins Ausland auch aus muslimischer Sicht klar zu verbieten. „Der Islam darf nicht zum impliziten Verbündeten dieser Entführer herabgewürdigt werden“, so Kuhn. Rund 90 Prozent der mehr als 110 Millionen Einwohner Ägyptens sind Muslime. Die Kopten bilden die größte christliche Gemeinschaft des Landes. Ihre Zahl wird auf rund zehn Millionen geschätzt.

Bangladesch: Gefährdete Christen

(AVC) »Unsere Situation ist sehr schwierig, es scheint, dass alle Männer verhaftet werden«, schreibt unser Partner aus den Chittagong Hills Tracts in Bangladesch. Mit »alle Männer« meint er die Männer vom Stamm der Bawm, zu welchem auch er gehört.

Im Dschungel der Chittagong Hill Tracts herrscht schon länger ein bewaffneter Konflikt zwischen der Armee und den Kuki Chin National Front. Die Rebellen kämpfen für die Autonomie der Region. Bisherige Friedensverhandlungen sind gescheitert.

Darunter leiden die Bewohner der verstreuten Dschungeldörfer: Die mehrheitlich christlichen Bawm sind zwischen die Fronten geraten. AVC unterstützt verschiedene Kleinstschulen in den Dörfern und eine Bibelschule für junge Erwachsene in der Region.

Unser Partner berichtet weiter: »Es sieht so aus, als müssten wir das Land verlassen, solange es noch offen ist. Unsere Situation verschlechtert sich zunehmend. Der Eingang zum Kontrollpunkt in Bandarban ist für die Bawm-Leute völlig blockiert. Es gibt fast täglich Tote, sowohl auf Seiten der Kuki als auch des Militärs. Ich bitte Gott um Schutz für meine zwei Söhne. Insbesondere männliche Jugendliche, obwohl unschuldig, werden gezielt verhaftet, nur weil sie Bawm sind.«

Wir beten

... für den Schutz der Christen im umkämpften Gebiet,
... für Ruhe in ihren Herzen und festes Vertrauen in Gott,
... für Frieden im Chittagong Hills Tract.

Belgien: So sieht „Cancel Culture“ aus

Advocates defending Freedom werden selber Opfer von de-platforming und cancel culture

IIRF-D/ AdF International /Tübingen/22.04.24 – Paul Coleman, director der AdF International musste selber erleben, was seinen Klienten passiert: am 16. und 17. April sollte er in Brüssel bei der National Conservatism Conference (kurz NatCon) sprechen. Doch seine Rede und auch die gesamte Konferenz konnten beinahe nicht stattfinden. Ein Brüsseler Bürgermeister gab der Polizei die Anordnung, die Konferenz abzubrechen und zu verbieten. Hier sein Bericht:

»Ethisch konservative‘ Vision missfällt

Bereits zwei andere Tagungsorte hatten die Konferenz auf Druck der Behörden abgesagt. Dennoch konnte ein neuer Ort gefunden werden. Doch am Vorabend der Konferenz erließ der Bürgermeister des Bezirks, in dem sich der dritte Tagungsort befand, eine Anordnung, die Konferenz abzusagen.

Der Grund für das Verbot der NatCon war, laut Anordnung, „nicht nur die ethisch konservative Vision [...] sondern auch die Verteidigung der ‚nationalen Souveränität‘, was unter anderem eine ‚euroskeptische‘ Haltung impliziert“.

So sieht also Cancel Culture aus.

Der Bürgermeister, der diese Anordnung herausgebracht hat, beschwerte sich, dass auf der Konferenz Persönlichkeiten der „konservativen, religiösen Rechten“ zu Gast waren. Damit bin wohl auch ich gemeint. Ich sollte nämlich eine Rede zur Glaubens- und Familienkrise in Europa halten.

Wir waren vor Ort und haben die Organisatoren in dieser Situation juristisch unterstützt.

Dank Ihrer Unterstützung konnte ADF International einen Eilantrag gegen die Anordnung des Bürgermeisters einreichen. Sein Handeln stand im Widerspruch zu den Grundrechten der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Das Oberste Verwaltungsgericht Belgiens hat unseren Eilantrag angehört und in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch ein Urteil zu Gunsten der Konferenz und der Meinungsfreiheit gefällt.

Das ist ein Erfolg für die grundlegenden Menschenrechte.

Es ist aber auch ein entscheidender Wendepunkt. Denn das hätte nie passieren sollen. Zwar haben gesunder Menschenverstand und Gerechtigkeit gesiegt, aber was gestern geschah, ist nichtsdestotrotz ein dunkler Fleck in der Geschichte der europäischen Demokratie. Das Drama der Zensur in Europa wurde offensichtlich.

Ein offener Dialog sollte das Herzstück der europäischen Politik sein. Und doch wurde hier, in der Hauptstadt der Europäischen Union, ein friedlicher Austausch über Politik und Kultur unterbunden.

Die Art von autoritärer Zensur, die ich hier miterlebt habe, ist besorgniserregend. Die Verantwortlichen behaupten ernsthaft für die Demokratie einzustehen, während sie mit Polizisten den Eingang zu einer Konferenz blockieren.

Wie wir es mit unseren Mandaten in ganz Europa gesehen haben, schrecken Regierungsbeamte nicht davor zurück, die Polizei zur Einschränkung der Meinungsfreiheit einzusetzen.

Die Meinungsfreiheit wird in Europa weiter eingeschränkt, und die Zensur wird schlimmer. Unterstützen Sie uns heute noch mit einer Spende zum Schutz der Meinungsfreiheit? Dank Ihrer Spende verfügt unser Team über die notwendigen Ressourcen, um die staatliche Zensur zu bekämpfen – überall dort, wo es notwendig ist.«

Quelle: https://adfinternational.org/campaign/free-speech-prevails-for-natcon?utm_source=ADF+International&utm_campaign=fe859c9e55-DE_NL_NatCon_20240419&utm_medium=email&utm_term=0_7732cae558-fe859c9e55-95020139&mc_cid=fe859c9e55&mc_eid=89cf7c7010

China: Hilfe für die Familien von inhaftierten Christen

Open Doors Schweiz – Li*, ein lokaler Partner von Open Doors in Zentralchina, besucht regelmässig die Familie von Jianghong*, der fälschlicherweise des Betrugs beschuldigt wird, weil er Christ ist, und derzeit im Gefängnis sitzt.

Jinyi*, die Frau von Jianghong, kümmert sich schon seit einiger Zeit allein um ihre beiden Kinder. Ihr Ehemann, der auch der Ernährer der Familie ist, sowie ein weiterer christlicher Kollege wurden des Betrugs beschuldigt und befinden sich derzeit im Gefängnis.

Jianghongs Familie hofft, dass er 2026 freigelassen wird.

Warum ist Jianghong in Haft?

Li, ein Partner von Open Doors in China, berichtet, wie Jianhong und ein anderer christlicher Kollege festgenommen und inhaftiert wurden.

«Ursprünglich waren Jianhong und ein anderer Kollege, Zirui*, Co-Pastoren einer Jugendgruppe in Zentralchina. Ihre bescheidene Gruppe von etwa 20 Personen wuchs schnell auf fast 200 an. Die meisten von ihnen waren Studenten, aber die Gruppe umfasste auch junge Erwachsene. Die örtlichen Behörden rieten ihrer Gruppe eines Tages, sich in das System der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung (TSPM) einzutragen, doch sie lehnten dies ab. In China gilt die Drei-Selbst-Kirche auf dem Papier als legal und fällt unter die Aufsicht der Regierung. Das bedeutet, dass sich die Kirche nach ihrer Registrierung regelmässig bei den Behörden melden und ihre Lehren zur Genehmigung einreichen muss, bevor sie am Sonntag predigen darf.»

«An einem Tag im Herbst 2022 führte die Polizei eine unangekündigte Razzia in der Kirche durch und fast 90 Personen wurden festgenommen. Die meisten von ihnen wurden nach 24 Stunden wieder freigelassen, aber einige wurden sieben Tage lang festgehalten. Jianhong und Zirui wurden abgeführt und schliesslich inhaftiert.»

Keine Angst davor, die Hand auszustrecken

«Nachdem Jianhong ins Gefängnis kam, blieb Jinyi mit ihren beiden Kindern und ihren Eltern allein zurück. Jinyi versuchte, die Mitglieder ihrer Kirche um Hilfe zu bitten. Die Kirche half ihr jedoch nicht, sondern wies sie sogar zurück, da sie befürchtete, dass sie in Gefahr bringen würde. Jinyi isolierte sich langsam und entfernte sich vom Rest der Gemeinde. Sie war nicht einmal mehr in der Lage, zur Arbeit zu gehen.»

Anfangs zögerte Jinyi, Li und sein Team zu treffen. Dank des Gebets und ihrer Bemühungen öffnete sie sich jedoch nach und nach.

«Als wir sie zum ersten Mal kontaktierten, wollte sie sich überhaupt nicht mit uns treffen. Möglicherweise hatte sie beschlossen, ihr Herz zu verschliessen, um sich selbst zu schützen, nachdem sie von den Christen in ihrer Kirche abgelehnt worden war.»

«Wir haben viel Zeit damit verbracht, für diese Familie zu beten, und wir danken Gott, dass er Jinyis Herz geöffnet hat! Endlich ist sie bereit, uns zu treffen.»

Im Nachhinein ist Jinyi Li und seinem Team dankbar, dass sie nie aufgehört haben, sie zu besuchen und sich um sie und ihre Familie zu kümmern.

Li kommentiert: «Endlich kann ich ein breites Lächeln auf ihrem Gesicht sehen. Ich fühle mich durch diese Veränderung ermutigt. Ihre Dankbarkeit uns gegenüber zeigt uns, wie wichtig unser Präsenzdienst ist. Dafür zu sorgen, dass sich andere angenommen fühlen, weil wir ihre Situation nicht verurteilen.»

Heute ist Jinyi in der Lage, wieder zur Arbeit und in die Kirche zu gehen und sich langsam wieder an ein normales Leben zu gewöhnen.

*Decknamen

Quelle: Open Doors Schweiz (19.04.2024)

https://www.opendoors.ch/news/china-hilfe-fur-die-familien-von-inhaftierten-christen/?_cldee=xc1vr28Au-5LZbGRbo0MZva6aEqSHZ0pt1WNUi4p5kgMJl8yFUf7B9T9jE0cQkW3&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-7f7319eba11b471ca3163f374e51f1b1&esid=713a2926-9cfc-ee11-a1fe-000d3add6874

China: Weltgebetstag um geistliche Berufungen

"Mission bedeutet Christusnachfolge"

Peking (Fides) - Eine Stofftasche mit dem aufgedruckten "Vaterunser" und der Aufforderung an alle, das Wort Gottes immer bei sich zu tragen, "um sich jeden Tag davon zu nähren". Dies ist das einzigartige Geschenk, das im Pekinger Priesterseminar an alle Seminaristen im Hinblick auf den 61. Weltgebetstag für geistliche Berufungen verteilt wurde, der dieses Jahr auf den 21. April, den vierten Sonntag der Osterzeit, fällt.

„Das Wort Gottes“, heißt es in der Broschüre, die in der Tasche enthalten ist, "gibt die Kraft, sich den vielen Dringlichkeiten des Lebens zu stellen und dem Ruf Gottes in jeder Situation zu folgen; mit dem Wort in der Hand und der Sendung im Herzen kann man dem Willen des Herrn in jeder Situation entsprechen". Die Botschaft an alle jungen Männer, die sich zum Priesteramt berufen fühlen, lautet, "mit Weisheit und Mut" zu erkennen, was sie dazu bewegt, die Sendung "als Seminaristen in der Nachfolge Christi" anzunehmen.

Im Mittelpunkt der Impulse, die in dieser Osterzeit im Pekinger Priesterseminar gegeben werden, stehen die Einsichten und Anregungen, die in der Botschaft von Papst Franziskus zum 61. Weltgebetstag für geistliche Berufungen 2024 enthalten sind.

Bischof Joseph Li Shan von Peking wiederum lud in einer mit Blick auf Gebetstag veröffentlichten Botschaft alle ein, sich an dem diözesanen Programm zur Förderung von Berufungen zu beteiligen. Bischof Li Shan appellierte auch an die katholischen Familien, offen für die Möglichkeit zu sein, dass ihre Kinder den Weg zum Priestertum einschlagen, und sie auf ihrem Weg der Berufungsfindung zu begleiten. "Die Familie", erinnerte der Bischof in einer kürzlich gehaltenen Predigt, "ist der Herd, an dem der Glaube gedeiht, und die Wiege der Berufungen". Eltern, so fügte er hinzu, sollten ihre Söhne und Töchter auf dem Weg zur Heiligkeit begleiten und selbst als ‚gute Zeichen‘ auf diesem Weg wirken. Auf diese Weise würden die jungen Menschen in die Lage versetzt, "mit Weisheit zu unterscheiden, was ewig und was vorübergehend ist", und sich der Aufgabe zu stellen, Seminaristen zu werden und Jesus nachzufolgen.

Am Gebetstag für geistliche Berufe stehen die Türen der Priesterseminare wie üblich allen Getauften und Nichtgetauften offen, um eine Zeit der Gemeinschaft und des Austauschs zu erleben. Die Diözesen werden auch Priester und Seminaristen in die Pfarreien entsenden, um vor dem Volk Gottes Zeugnis für ihre priesterliche Berufung abzulegen.

Am 11. April empfangen in der Diözese Datong (Provinz Shanxi) zwei junge Männer die Priesterweihe, während in der Erzdiözese Xi'An 13 Priester gemeinsam ihr 25-jähriges Priesterjubiläum feierten.
(NZ) (Fides 19/4/2024)

Deutschland: AfD übt scharfe Kritik an Kirchen

Brandenburg - Landtagsfraktion: Kirchensteuereinzug durch den Staat beenden

Potsdam (IDEA) – Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Landtag von Brandenburg, Hans-Christoph Berndt (Golßen), hat die beiden großen Kirchen in Deutschland scharf kritisiert. Anlass war der Beschluss der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO), AfD-Mitglieder nicht für das Amt als Gemeindeältester (Kirchenvorsteher) zuzulassen. Zur Begründung hatte Bischof Christian Stäblein (Berlin) auf der Landessynode erklärt, die AfD trage „menschenfeindliche Züge“. Auf einer Pressekonferenz in Potsdam wies Berndt diesen Vorwurf zurück. Er sei argumentativ nicht zu begründen. Deshalb setze man stattdessen auf Repression. Die Kirche verdamme die AfD. Berndt sagte weiter, er empfehle Kirchenvertretern, „mehr in der Bibel als in Verfassungsschutzberichten zu lesen“. Er zitierte aus der Bergpredigt: „Richtet nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet“ (Matthäus 7,1). Darüber hinaus sagte der Politiker, die Amtskirchen verstünden sich zunehmend als Nichtregierungsorganisationen und verfehlten damit ihre Aufgabe. Er plädiere deshalb dafür, den Einzug der Kirchensteuer durch den Staat zu beenden. Das könne die Kirchen „unter einen Druck setzen, der heilsam sein könnte und zu der einen oder anderen Besinnung führen würde“. Von seiner Kritik nehme er die Freikirchen ausdrücklich aus. Sie hätten „in der Corona-Zeit nicht ihre Kirchen zugesperrt, weil sie mehr Angst vor dem Virus als vor Gott hatten“. Auf Nachfrage erklärte Berndt, dass er Mitglied der katholischen Kirche ist und früher in der katholischen Jugendarbeit engagiert war. Der AfD-Landtagsabgeordnete Dennis Hohloch (Königs Wusterhausen) erklärte dagegen, er sei aus der evangelischen Kirche ausgetreten. Dieser Schritt sei ihm nicht leichtgefallen. Er wolle aber „keiner Organisation Geld geben, die mehr auf den politischen Kampf setzt als auf die Verbreitung des Wortes Gottes“.

Deutschland: Älteste Baptistengemeinde in NRW löst sich auf

„Köbners Kirche“ in Wuppertal übergibt ihr Gebäude an afrikanische Gemeinde

Wuppertal (IDEA) – Eine der ältesten Gemeinden in Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG), „Köbners Kirche“ in Wuppertal-Barmen, löst sich auf. Das bestätigte der ehrenamtlich tätige Gemeindeleiter Helmut Hoffmann gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Die Gemeinde wurde 1852 gegründet und ist nach einem der Gründerväter der Baptisten in Deutschland, Julius Köbner (1806-1884), benannt. Er war Mitbegründer der Gemeinde. Sie war die erste Baptistengemeinde im Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen und gilt deshalb als „Mutterkirche der rheinischen Baptistengemeinden“. Köbner war auch Musiker und steuerte für das erste Gesangbuch des Bundes der Baptisten 59 Lieder bei. Im aktuellen Gesangbuch „Feiern und Loben“ befindet sich noch das Lied „Lobt in seinem Heiligtume“.

Nach Corona nicht mehr erholt

Nach den Worten von Hoffmann hat sich die Gemeinde nach der Corona-Pandemie nicht mehr erholt. „Unsere noch 50 Gemeindemitglieder leben meist in Senioreneinrichtungen.“ Sonntags hätten um die zehn von ihnen die Gottesdienste besucht. Hoffmann: „Wir sind inzwischen einfach zu wenige, um das Gemeindeleben aufrecht erhalten zu können.“ Die letzte mit einer halben Stelle angestellte Pastorin Evelyn Fillies-Strohm habe zum Jahresende 2023 ihren Dienst beendet und geholfen, dass die Gemeindemitglieder in anderen freikirchlichen Gemeinden in Wuppertal eine neue geistliche Heimat finden.

Zeitweise 400 Gemeindemitglieder

Zu ihren besten Zeiten gehörten in den 1960er Jahren rund 400 Mitglieder zu der Gemeinde. Bei aller Traurigkeit über das Aus überwiege im Rückblick große Dankbarkeit für die mehr als 170-jährige Gemeindegeschichte, betonte Hoffmann: „Von dieser Gemeinde sind im Lauf der Jahrzehnte viele Segensspuren ausgegangen. Dafür sind wir unserem Gott von Herzen dankbar.“

Geistliches Zentrum für Afrikaner

In das denkmalgeschützte Kirchengebäude aus dem Jahr 1856 zieht eine französisch-sprachige afrikanische Gemeinde ein, die „Assemblées de Dieu“ (Versammlungen Gottes). Sie gehört auch zum BEFG und hat 38 Mitglieder, aber rund 80 Gottesdienstbesucher aller Generationen, so Hoffmann. Sie feiert bereits seit September 2023 ihre Gottesdienste in „Köbners Kirche“ und wird die Gemeinderäume ab Mai komplett übernehmen.

Gemeinde-Aus kein Einzelfall

Am 28. April feiert die deutschsprachige Gemeinde zum letzten Mal in „Köbners Kirche“ einen Gottesdienst. Die Predigt hält der Referent im Landesverband Nordrhein-Westfalen des BEFG, Pastor Martin Seydlitz (Essen). Wie er IDEA sagte, habe der Landesverband „sich nach allen Kräften bemüht, die Gemeinde weiterbestehen zu lassen“. Doch es habe sich keine Lösung abgezeichnet. Er freue sich, dass eine afrikanische Gemeinde das historische Haus weiter nutzen werde. Wie Seydlitz weiter sagte, ist das Aus von „Köbners Kirche“ kein Einzelfall. Allein im vergangenen Jahr hätten sich in Nordrhein-Westfalen fünf BEFG-Gemeinden wegen Überalterung aufgelöst.

Deutschland: Gewaltexzess wegen Kreuz an Halskette!

Asylunterkunft in Regensburg

Regensburg hat seit Monaten ein massives Problem mit Migrant*innen aus Tunesien

An die 40 Tunesier werden als Intensivtäter geführt, warten in Untersuchungshaft auf ihren Prozess. Etwa 270 Männer leben im Ankerzentrum, die Asylbewerber aus dem nordafrikanischen Staat werden zentral in Regensburg untergebracht.

Seit Sommer vergangenen Jahres [stieg die Zahl der tatverdächtigen Migrant*innen](#) aus Tunesien massiv an. Sie fallen besonders durch Diebstähle, Körperverletzungen, Drogendelikten und sexuellen Übergriffen auf.

Regensburg (Bayern) – Schwere Ausschreitungen in einer Asylunterkunft in Regensburg!

Der Grund: Ein Asylbewerber hatte ein Kreuz an seiner Halskette getragen! Laut Polizei Regensburg echauffierten sich mehrere Bewohner, die muslimischen Glaubens sind, über das christliche Symbol – es kam zum Tumult. Als der Sicherheitsdienst die Situation klären wollte, griffen rund 30 Bewohner das Security-Personal des Ankerzentrums an.

*In einem Raum der Unterkunft war die Gewalt am Mittwochabend eskaliert: Mehrere Security-Mitarbeiter wurden attackiert, immer mehr Bewohner kamen hinzu. Aus der Gruppe heraus griffen fünf Migrant*innen mit Flaschen und Stühlen an, auch Fäuste flogen. Ein Angreifer soll laut einem Bericht der [Mittelbayerischen Zeitung](#) sogar ein Messer gezückt haben.*

Die Polizei war mit mehreren Streifen im Einsatz, um die Situation zu beruhigen. [Mehrere Migrant*innen](#) wurden vorläufig festgenommen und fünf Tunesier auf Antrag der Staatsanwaltschaft Regensburg einem Ermittlungsrichter vorgeführt. Dieser erließ fünf Untersuchungshaftbefehle.

Die Beschuldigten, nach BILD-Informationen allesamt aus Tunesien, müssen sich unter anderem wegen besonders schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung verantworten.

Philipp Pruy, der Strafverteidiger des Hauptbeschuldigten, äußerte sich auf BILD-Nachfrage nicht. Sechs Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes wurden bei dem Vorfall verletzt, drei von ihnen mussten ambulant behandelt werden. *Laut Polizei Regensburg waren die Tatverdächtigen alkoholisiert.*

Quelle: [BILD Jakob Mell](#) vom 12.04.2024 -

Deutschland: Israelfreunde kritisieren Freistaat Sachsen wegen Spende für Gaza

Hilfsgüter kommen „letztlich der Terrororganisation Hamas“ zugute

Dresden/Rossau (IDEA) – Die Sächsischen Israelfreunde (Rossau) haben scharf kritisiert, dass der Freistaat Sachsen 110.000 Euro gespendet hat, um Hilfsgüter für Binnenflüchtlinge im Gazastreifen zu beschaffen. Der Betrag wurde an Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes Sachsen übergeben. Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hatte dazu erklärt: „Bei Leid wie in Gaza darf man nicht wegschauen. Solidarität, Nächstenliebe und humanitäre Hilfe für Menschen in Not sind für uns Sachsen wichtige Werte.“ Wie es in einer Mitteilung der Sächsischen Israelfreunde heißt, ist die Spende zwar gut gemeint, aber alle Hilfsgüter, die in den Gazastreifen gelangten, kämen „letztlich der Terrororganisation Hamas“ zugute. Überall dort, wo die Israelischen Verteidigungstreitkräfte noch nicht die Kontrolle übernommen hätten, beschlagnahmte die Hamas „gelieferte Hilfsgüter mit brutaler Waffengewalt“ und verkaufte sie dann zu „horrenden Preisen an die Zivilbevölkerung“. Mit dem Erlös durch den Verkauf der Hilfsgüter werde der Kampf gegen Israel mitfinanziert. Die Spende des Freistaates unterstütze das „palästinensische Opfernarrativ“. Diese Täter-Opfer-Umkehr „dämonisiere“ Israel, so die Israelfreunde. Auch auf der Seite Israels gebe es Leiden, aber es werde in diesem Zusammenhang verschwiegen und auch in den Medien wenig benannt. Immer noch halte die Hamas 133 Geiseln „unter unmenschlichen Bedingungen“ gefangen. Außerdem seien auch in Israel rund 100.000 Kriegsflüchtlinge aus dem Norden und aus dem Süden auf Versorgung angewiesen.

Kritik am Internationalen Roten Kreuz

Die Sächsischen Israelfreunde sehen auch die Rolle des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) kritisch. So klagten ausgetauschte israelische Geiseln gegen das IKRK. Sie beschuldigten es der unterlassenen Hilfeleistung bei ihrer Freilassung und bei der Medikamentenversorgung in der Geiselhaft. Weiterhin spiele das IKRK eine zentrale Vermittlerrolle bei der Beantragung und Auszahlung „fälschlich sogenannter ‚Märtyrerrenten‘“ der Palästinensischen Autonomiebehörde. Diese „Renten“ flössen an in israelischen Gefängnissen inhaftierte Mörder von Israelis. Vorsitzender der Sächsischen Israelfreunde ist Lothar Klein (Dresden). Als Geschäftsführer amtiert Wilfried Gotter (Rossau).

Deutschland: Jeder zweite jugendliche Muslim befürwortet einen Gottesstaat

Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie aus Niedersachsen

Hannover (IDEA) – Fast jeder zweite jugendliche Muslim in Niedersachsen ist der Meinung, dass ein islamischer Gottesstaat die beste Staatsform sei. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN/Hannover) zum Thema Jugendkriminalität. Demnach gaben 45,8 Prozent der befragten Muslime an, dass sie eine islamische Theokratie befürworten. 36,5 Prozent forderten dementsprechend, dass die deutsche Gesellschaft „stärker nach islamischen Regeln gestaltet werden“ solle. Etwa jeder Dritte (30,2 Prozent) findet einen „religiösen Führer, der von einem Rat unterstützt wird“, besser als das „demokratische System in Deutschland“. Generell teilen laut der Studie unter den muslimischen Befragten 22,2 Prozent islamistische Einstellungen, während es unter allen Jugendlichen nur 2,5 Prozent sind. Zwei Drittel der Muslime bejahen etwa die Aussage „Die Regeln des Korans sind mir wichtiger als die Gesetze in Deutschland“ (67,8 Prozent). 18,1 Prozent sehen darüber hinaus Gewalt zur Verbreitung und Durchsetzung des Islams als gerechtfertigt an. Fast doppelt so viele (35,3 Prozent) äußern außerdem „Verständnis für Gewalt gegen Menschen, die Allah oder den Propheten Mohammed beleidigen“. 21,2 Prozent sind der Ansicht, dass die „Bedrohung“ des Islams „durch die westliche Welt“ rechtfertige, dass Muslime sich mit Gewalt verteidigten. Signifikante Unterschiede zeigen sich dabei laut der Studie weder zwischen den Schulformen noch dann, wenn nach Geschlecht differenziert wird. Für die Studie wurden die Antworten von insgesamt 8.539 Jugendlichen ausgewertet. Das Durchschnittsalter der Befragten betrug etwa 15 Jahre. 35,7 Prozent von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Das Fragebogenmodul zu islamistischen Einstellungen erhielt jedoch nur die Hälfte der Befragten. Der Anteil muslimischer Jugendlicher, die diesen Teil des Fragebogens ausfüllten, lag wiederum nur bei 8,6 Prozent, was 308 Personen entspricht. Die Autoren der Studie geben deshalb zu bedenken, dass die Daten nicht als repräsentativ angesehen werden können und sich die Ergebnisse „nur bedingt“ auf die gesamte muslimische Schülerschaft in Niedersachsen übertragen ließen.

Deutschland: Kongress gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung

Schönblick: Experten fordern Sexkaufverbot in Deutschland

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – Auf dem zweiten Kongress „Gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung“ haben sich Experten aus Politik, Diakonie, Kirche und Strafverfolgung für ein Sexkaufverbot in Deutschland ausgesprochen. Der Kongress findet vom 21. bis 24. April im Christlichen Gästezentrum Württemberg „Schönblick“ in Schwäbisch Gmünd statt. 365 Menschen nehmen daran teil. Hintergrund: In den vergangenen Jahren haben Länder wie Frankreich, Schweden, Norwegen, Kanada und Israel ein Sexkaufverbot eingeführt (sogenanntes „Nordisches Modell“). Danach ist der Kauf von sexuellen Dienstleistungen verboten. Bei Verstößen werden nicht die Prostituierten bestraft, sondern die Freier.

Mack: Legalisierung von Prostitution war ein Fehler

Die Professorin für Christliche Sozialwissenschaft und Christliche Sozialethik an der Universität Erfurt, Elke Mack, stellte in einem per Liveschaltung übertragenen Vortrag ihre Untersuchung „Sexkauf: Eine rechtliche und rechtsethische Untersuchung der Prostitution“ vor. Darin sagte sie, die Legalisierung von Prostitution in Deutschland habe zu fundamentalen Grundrechtsverletzungen geführt. Hintergrund: Am 1. Januar 2002 trat das Prostitutionsgesetz in Deutschland in Kraft. Demnach ist Prostitution nicht mehr sittenwidrig. Es sei ein Fehler gewesen, Prostitution zu legalisieren, erklärte Mack. Für Menschen in der Prostitution könne der Staat keine Grundrechte garantieren. Prostituierte unterlägen körperlicher und sexueller Fremdbestimmung. „Gerade einer Gesellschaft, die sexuelle Selbstbestimmung so hochhält, sollte deutlich werden, dass wir hier eine Duldung sexuelle Ausbeutung durch den Gesetzgeber im höchsten Maße erleben“, so Mack.

Noller: Uneinigkeit in Landeskirche und Diakonie

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Elisabeth Winkelmeier-Becker betonte, dass gesetzliche Änderungen notwendig seien, um der Prostitution entgegenzuwirken. Sie erhoffe sich von dem Kongress Impulse für die Formulierung eines Gesetzentwurfs, der dem Bundestag vorgelegt werden könne. Die Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg und Mitglied des Oberkirchenrats der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Prof. Annette Noller, sagte, Kirche und Diakonie seien in der Frage eines Sexkaufverbots uneinig: Während die württembergische Landeskirche es befürworte, stelle die Diakonie sich „noch auf die Seite des Prostitutionsgesetzes“. Die Begründung dafür sei, dass den Frauen die Selbstbestimmung wichtig sei. Sie selbst befürworte ein Sexkaufverbot, weil in dieser Frage die Vulnerabilität (Verletzbarkeit) von Frauen höher bewertet werden müsse als ihre Selbstbestimmung.

Gehring: Blickwechsel notwendig

Der ehemalige Kriminalbeamte und CDU-Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg, Christian Gehring, kritisierte, der Bundestag debattiere über Geschlechtsänderungen, schaue aber bei Prostituierten weg. Auch die Gesellschaft brauche einen Blickwechsel: „Es kann nicht sein, dass der Fußballclub oder Junggesellenabschied ins Bordell geht.“ Der ehemalige Kriminaloberrat Helmut Sporer berichtete von Ermittlungen im Rotlichtmilieu. Er habe erlebt, dass Gruppen aus dem Ausland nach Deutschland anreisten, um sogenannte Pauschal-Bordell-Reisen in Anspruch zu nehmen. Deutschland sei das Bordell Europas geworden – wenn nicht sogar der Welt. Die Frauen in den Bordellen, die überwiegend aus dem Ausland stammten, seien den Freiern schutzlos ausgeliefert. Sie könnten oft kein Deutsch und wüssten nicht einmal, in welcher Stadt sie sich befinden. Ferner beklagte Sporer die mangelnde personelle Ausstattung bei Polizei und Justiz bei der Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Es handle sich dabei um „die vergessene Kriminalität“. Sporer betonte: „Die Frauen können nicht in der Prostitution geschützt werden, sondern nur vor der Prostitution.“ Es brauche dringend ein Systemwechsel: Der Einstieg in die Prostitution müsse verhindert werden, die Freier müssten in die Verantwortung genommen werden. Schnelles Handeln sei notwendig, denn das jetzige System produziere täglich neue Opfer. Veranstalter des Kongresses sind das Bündnis „Gemeinsam gegen Menschenhandel“, die Organisationen „Mission Freedom“, „Aktion Hoffungsland“ und „return Fachstelle Mediensucht“ sowie die Evangelische Allianz in Deutschland und das christliche Gästezentrum „Schönblick“. Die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA ist Medienpartner des Kongresses.

Deutschland: Pfarrer muss sich vor Gericht wegen fahrlässiger Tötung verantworten

Der Geistliche soll einen Verkehrsunfall mitverursacht haben

Frankfurt am Main (IDEA) – Das Amtsgericht Frankfurt-Höchst hat ein [Strafverfahren](#) gegen einen Pfarrer zugelassen. Das berichtet der „Wiesbadener Kurier“ unter Berufung auf einen Sprecher des Gerichts. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main wirft dem 59-Jährigen vor, im Oktober 2020 einen schweren Verkehrsunfall auf der A66 bei Hofheim mitverursacht zu haben. Dabei wurde eine 71-jährige Autofahrerin getötet. Der Prozess soll ab dem 22. Mai stattfinden. Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hatten sich am Tag des Unfalls drei junge Männer auf der Autobahn ein Rennen mit Sportwagen geliefert. Einer von ihnen kollidierte mit dem Fahrzeug des Pfarrers, als der die Fahrspur wechselte, ohne zu blinken. Er verlor die Kontrolle über den Sportwagen und stieß mit dem Auto der 71-Jährigen zusammen. Der Fahrfehler des Pfarrers sei nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft ein „tragisches Momentversagen“ gewesen, heißt es in dem Zeitungsbericht. Der Geistliche sei „bislang nicht als ungeeigneter Verkehrsteilnehmer aufgefallen“. Das mögliche Strafmaß für fahrlässige Tötung reicht bis zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren oder Geldstrafe.

Drei Männer wegen Rennen angeklagt

Die drei jungen Männer sollen sich wegen des Verdachts des „verbotenen Kraftfahrzeugrennens“ vor dem Frankfurter Landgericht verantworten, zwei von ihnen außerdem wegen Fahrerflucht. Ihnen drohen Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren, dem direkten Unfallbeteiligten von bis zu zehn Jahren. Ihr Prozess startet am 28. August.

Deutschland: Psychotherapeutin - Prostitution ist hochgradig traumatisierend

Als Folge greifen die Betroffenen oft zu Alkohol, Drogen und Med

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – „Prostitution ist hochgradig traumatisierend.“ Das sagte die Psychotherapeutin und Co-Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Baden-Württemberg, Brigitte Schmid-Hagenmeyer (Karlsruhe), am 23. April in Schwäbisch Gmünd auf dem Kongress „Gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung“. Ihre Praxis suchten unter anderen ehemalige Prostituierte auf. Oft seien sie von einer sogenannten dissoziativen Störung betroffen, die nach stark belastenden Erlebnissen auftreten. Folgen davon seien unter anderem, dass Betroffene unter einer Erinnerungstörung oder einer Persönlichkeitsspaltung leiden. Sie versuchten mit unterschiedlichen Mechanismen, das Erlebte zu verdrängen. Als Beispiel nannte Schmid-Hagenmeyer den übermäßigen Konsum von Alkohol, Drogen und Medikamenten. Bei den Betroffenen träten auch neurologische Symptome wie etwa Lähmungen auf. Die Opfer seien wie erstarrt, weder Kampf noch Flucht seien möglich. Die Legalisierung der Prostitution in Deutschland im Jahr 2002 bezeichnete Schmid-Hagenmeyer als „Kontroll-Illusion“. Die Prostituierten hätten keinerlei Kontrolle, die Freier verfügten über sie.

Gerckens: Schon Kinder werden auf sexuelle Ausbeutung vorbereitet

Einen weiteren Vortrag hielt die Sozialökonomin und operative Leiterin des Vereins „Mission Freedom“, Inga Gerckens (Hamburg). Dieser setzt sich gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution sowie rituelle Gewalt ein und betreibt Ausstiegshäuser in Hamburg und Frankfurt am Main. „Wir müssen die Strategien der Zuhälter kennen, um den Opfern zu helfen“, betonte sie. Es gebe einen Markt, der gezielt Kinder auf die Ausbeutung vorbereite, um sie einer „sehr kaufkräftigen Kundschaft zur Verfügung zu stellen“. Es sei ein Dilemma, dass den Opfern oft nicht geglaubt werde. Die Gesellschaft müsse unbedingt ihren Blick dafür weiten, was auf diesem Gebiet in Deutschland passiere. Der Kongress „Gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung“ endet am 24. April. Veranstalter sind das Bündnis „Gemeinsam gegen Menschenhandel“, die Organisationen „Mission Freedom“, „Aktion Hoffnungsland“ und „return – Fachstelle Mediensucht“ sowie die Evangelische Allianz in Deutschland und das Christliche Gästezentrum Württemberg „Schönblick“. Die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA ist Medienpartner des Kongresses.

Deutschland: Stephanus-Sonderpreise würdigen Einsatz für Bergkarabach

Ausgezeichnet wurden ein Menschenrechtler und eine Armenologin

Bonn (IDEA) – Der armenische Menschenrechtler Gegham Stepanyan (Jerewan) und die österreichische Armenologin Jasmine Dum-Tragut (Salzburg) haben die diesjährigen Stephanus-Sonderpreise bekommen. Bei einem Festakt am 20. April in Bonn erhielten sie die Auszeichnung der „Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen“ für ihren Einsatz für die Region Bergkarabach – auch Arzach genannt. Zum Hintergrund: Nach monatelanger Blockade und einem militärischen Angriff Aserbaidschans am 19. September 2023 auf das Gebiet kapitulierte die Regierung Bergkarabachs am Tag darauf. Folge war ein Exodus von rund 100.000 christlichen Armeniern. Zum 1. Januar 2024 lösten die lokalen Behörden die von ethnischen Armeniern bewohnte international nicht anerkannte Republik Arzach auf. Die Referentin für Osteuropa und Zentralasien der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Carmen Krusch-Grün, erklärte dazu: „Das kleine christliche, ethnisch homogene Bergvolk wurde Spielball der großen Geopolitik und Opfer einer ethnischen Säuberung Aserbaidschans.“

Menschenrechtler: Systematische Säuberung

Preisträger Stepanyan war der letzte Ombudsmann für Menschenrechte in Bergkarabach und koordinierte unter anderem die Suche nach gefallenen Soldaten und verschwundenen Zivilisten. Im Herbst 2023 musste er aus der Region fliehen und lebt seitdem im Exil in der armenischen Hauptstadt Jerewan. Seitdem wirbt er weltweit für Solidarität mit den Überlebenden von Kriegsverbrechen und ethnischen Säuberungen. Per Videoübertragung berichtete er davon, dass sein Büro nach dem Überfall Aserbaidschans und der darauffolgenden Vertreibung Kriegsverbrechen dokumentiert und diese der internationalen Gemeinschaft vorgelegt habe. Die Gräueltaten seien Teil der systematischen Kampagne zur vollständigen ethnischen Säuberung gewesen, so der Armenier. „Was in Arzach geschah, wurde von mehreren angesehenen Experten, darunter dem Gründungsstaatsanwalt des Internationalen Strafgerichtshofs, Luis Moreno Ocampo, als Völkermord bezeichnet.“

Armenologin warnt vor weiterer Aggression Aserbaidschans

Die Armenologin Dum-Tragut widmet sich seit Jahren der Erforschung der armenisch-christlichen Traditionen Bergkarabachs. Sie äußerte sich besorgt im Hinblick auf das Schicksal der Vertriebenen und den unwiederbringlichen Verlust einer christlichen Region. Es drohe die Vernichtung eines jahrhundertealten, christlichen Kulturerbes. Sie fügte hinzu: „Wir sollten auch beunruhigt sein wegen der Unberechenbarkeit des aserbaidschanischen Regimes, das den Blick auf Südarmenien geworfen hat.“ Arzach sei eine der frühesten Regionen der Weltgeschichte, in der das Christentum Fuß gefasst habe. Bei dem Überfall durch Aserbaidschan und der folgenden Vertreibung seien 2.000 Jahre armenische Geschichte von der Karte des Südkaukasus gelöscht worden. Die „Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen“ ist nach dem Diakon der christlichen Urgemeinde benannt, der als erster Märtyrer wegen seines Bekenntnisses zu Jesus Christus gesteinigt wurde. Sie verleiht alljährlich ihren Stiftungspreis oder Sonderpreis.

Deutschland: Yassir Eric- der ungewöhnlichste Bischof der Welt

Er ist ein Bischof, doch weiß er nicht, wie groß seine Herde ist: Yassir Eric kümmert sich um Menschen, die vom Islam zum Christentum übergetreten sind. Um die Menschenrechte dieser Gruppe steht es in vielen Ländern schlecht.

Von Marcus Mockler (epd)

Er hat das vielleicht ungewöhnlichste Bischofsamt der Welt: Yassir Eric ist Oberhaupt für Hunderttausende, vielleicht Millionen Menschen, die vom Islam zum Christentum konvertiert sind. Die von ihm betreuten Gläubigen verteilen sich auf rund 80 Länder. Und sein Bischofssitz befindet sich in Korntal bei Stuttgart.

Mitte März erhob die anglikanische Kirche den 52-Jährigen in Ruandas Hauptstadt Kigali in den Bischofsstand. Damit ist Eric das weltweite Gesicht von Ex-Muslimen, die Christen geworden sind, sogenannten «Muslim Background Believers».

Sie fühlen sich mit der von Eric gegründeten «Communio Messianica» («Messianische Gemeinschaft») verbunden. Von Westafrika über den Nahen Osten und Zentralasien bis Indonesien reicht sein «Seelsorgebezirk», den er gemeinsam mit einem internationalen Team versorgt. Im Fokus stehen dabei Menschen, die wegen ihres Übertritts zum christlichen Glauben in muslimisch geprägten Ländern gravierende Nachteile, oft sogar harte Verfolgung erleiden. Die Situation für Konvertiten in diesen Regionen ist knifflig.

Konvertiten müssen um ihr Leben fürchten

Häufig werden sie von ihren Familien verstoßen – und damit verlieren sie vielerorts auch alles, was in anderen Ländern das Sozialsystem übernimmt. In Staaten wie Somalia, Jemen oder Iran müssen sie damit rechnen, dass ihnen nach dem Leben getrachtet wird. Das von den Vereinten Nationen verbrieft Recht auf Religionsfreiheit, das den Wechsel des Glaubens enthält, treten solche Länder mit Füßen.

Aber selbst in Ägypten, wo die koptische Kirche ihren historisch angestammten Platz in der Gesellschaft hat, sind Konversionen nicht vorgesehen. Eine existierende Kirche darf ihren Glauben leben, Übertritte vom Islam zum christlichen Glauben sind tabu und können den Betroffenen ins Gefängnis bringen. Das heißt auch: Konvertiten können sich in solchen Ländern nicht einfach einer bestehenden Kirche zugesellen. Ihnen fehlt eine Gemeinde, die ihnen Heimat gibt. «Communio Messianica» möchte ihnen als globale Kirche dieses geistliche Zuhause bieten.

Viel Hass erlebt

Yassir Eric weiß, wovon er redet, er ist selbst Konvertit. Er wurde im Sudan in eine einflussreiche muslimisch-fundamentalistische Familie geboren, besuchte zwei Jahre lang eine strenge Koranschule. Als er Christ wurde, schlug ihm der ganze Hass des Clans und der Behörden entgegen und brachte ihn vorübergehend sogar ins Gefängnis.

Seit 1999 lebt er in Deutschland, hat dort eine Schwäbin geheiratet, besitzt inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft und arbeitet als Direktor des Europäischen Instituts für Migration, Integration und Islamthemen in Korntal. Zuvor betreute er fast zwei Jahrzehnte arabische evangelische Gemeinden in Baden-Württemberg.

„Wir sind keine Islamfeinde“

Yassir Eric

Der promovierte Theologe unterstreicht, dass er sich nicht im Religionskrieg sehe. «Wir sind keine Islamfeinde», sagt er. Alles, was er für seine weltweit verstreute Herde von Christen mit muslimischem Hintergrund einfordert, ist Frieden und Religionsfreiheit. Muslimische Gesellschaften sollten einsehen, dass Christen nicht gegen sie stehen, sondern durch ihren Glauben sogar zu «besseren Bürgern» werden, meint er.

Dass Yassir Eric bei den Anglikanern gelandet ist, hat verschiedene Gründe. Es handelt sich um eine Kirche, die sich in einer historischen Tradition seit den Anfängen des Christentums sieht. Sie ist in der Ökumene anerkannt und weltweit vernetzt. Offiziell gehört Eric nun zur anglikanischen Bischofskonferenz in Ruanda, Verpflichtungen in dem Land hat er nicht. Wichtig ist ihm, dass er sich in seiner Arbeit gegenüber Erzbischof Laurent Mbanda verantworten muss – «er bietet mir geistliche Begleitung».

Aus dem Islam stammende Konvertiten können sich in muslimischen Ländern oft nicht organisieren, sondern treffen sich geheim. Deshalb hat Yassir Eric keinen Überblick, für wie viele Menschen er tatsächlich zuständig ist – offizielle Mitglieder der «Communio Messianica» gibt es nicht. Er sieht es als seine Aufgabe an, Stimme für verfolgte Christen zu sein.

So wie sich der Papst für verfolgte katholische Priester einsetze, wolle er die Situation verfolgter Christen mit muslimischem Hintergrund verbessern – und dazu helfe das Bischofsamt. Durch Besuche will Eric den Konvertiten Hoffnung machen. Außerdem soll ihre christliche Identität durch Lehrmaterial und Konferenzen sowie durch persönliche Betreuung und Seelsorge gestärkt werden. Das Motto von «Communio Messianica» lautet: «Ihr seid nicht allein»

aus jesus.de [Yassir Eric: der ungewöhnlichste Bischof der Welt | Jesus.de](http://jesus.de)

Europa: Menschenhandel - EU-Parlament verschärft Richtlinie

Opfer sollen besser geschützt und unterstützt werden

Straßburg (IDEA) – Die EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels soll geändert werden. Dafür stimmte das Europäische Parlament am 23. April mit großer Mehrheit (563 Ja-Stimmen; sieben Gegenstimmen; 17 Enthaltungen). Demnach sollen die Maßnahmen der EU gegen den Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung auch auf Zwangsheirat, illegale Adoption und die Ausnutzung von Leihmutterchaft erweitert werden. Die spanische Juristin und Parlamentsabgeordnete, Eugenia Rodríguez Palop (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke), sagte zur Begründung: „Der Menschenhandel wird immer raffinierter und die uns zur Verfügung stehenden Mittel sind unzureichend. Wir müssen in der Lage sein, Opfer frühzeitig zu finden und sie zu schützen und zu unterstützen.“ Weiter sagte sie: „Menschenhandel ist Folter. Die Täter müssen für ihre Taten bezahlen und die Opfer müssen eine Entschädigung und Wiedergutmachung für ihr Leid erhalten.“ Wer wissentlich die Dienste von Opfern von Menschenhandel in Anspruch nimmt, macht sich künftig strafbar. Die veränderte Richtlinie umfasst u.a. die Koordinierung zwischen den Behörden zur Bekämpfung des Menschenhandels und den Asylbehörden: Diese sollen verbessert werden, damit die Opfer angemessene Unterstützung erhalten und ihr Recht auf Asyl geachtet wird. Im nächsten Schritt muss der Europäische Rat die Vereinbarung förmlich genehmigen. Die Richtlinie wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft treten. Danach haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, die Bestimmungen umzusetzen. Laut der Europäischen Kommission werden jedes Jahr mehr als 7.000 Menschen in der EU Opfer von Menschenhandel. Da viele Opfer nicht erfasst werden, dürfte die tatsächliche Zahl deutlich höher sein.

Europa: Sabatina James beklagt Entchristianisierung Europas

Gründe sieht sie in der Einwanderung von Muslimen, aber auch bei der Kirche

Würzburg (IDEA) – Die Menschenrechtsaktivistin und Publizistin Sabatina James beklagt eine voranschreitende Entchristianisierung in Deutschland und Europa. Sie äußerte sich in der neuen Podcast-Serie „[Erfahrungen einer Konvertitin](#)“ der katholischen Wochenzeitung „Die Tagespost“ (Würzburg). Die 41-Jährige begründete diese Entwicklung gegenüber der Journalistin Esther von Krosigk zum einen mit der Einwanderung von Muslimen. Der radikale Islam, den die Europäer 1.300 Jahre lang erfolgreich abgewehrt hätten, habe so Heimat im europäischen Westen gefunden. Die Europäer müssten sich bewusst machen und erkennen, was sie mit dem Verschwinden des Christentums verlieren würden. So sei die freie Meinungsäußerung nur durch die christliche Prägung Europas möglich geworden. Die Publizistin wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es die freie Meinungsäußerung und auch die offene Kritik an System und Religion in islamischen Staaten nicht gebe. Einen weiteren Grund für die Entchristianisierung sieht James in der westlichen Kirche: So seien selbst die Geistlichen, die den christlichen Glauben lehren und vertreten sollten, mancherorts schlecht informiert oder teilweise ungenau in der Weitergabe von Glaubensinhalten. Dies sei ebenfalls ein Faktor für den zunehmenden Verlust des Christentums in Europa. Sabatina James kam als Zehnjährige aus Pakistan nach Österreich. Ihr Vater wollte sie mit einem Cousin verheiraten, der sie wiederholt sexuell missbrauchte. Sie tauchte unter und ließ sich 2001 katholisch taufen. 2006 gründete sie den Verein Sabatina e. V. Dieser setzt sich für Mädchen und Frauen ein, die zwangsverheiratet werden sollen, sowie für verfolgte Christen. Sie äußert sich immer wieder öffentlich gegen den radikalen Islam, weshalb sie unter Polizeischutz leben muss.

Finnland: „Fall Räsänen“ kommt vor den Obersten Gerichtshof

Die christliche Politikerin muss nach zwei Freisprüchen wieder vor Gericht

Helsinki (IDEA) – Der [Prozess](#) gegen die frühere finnische Innenministerin Päivi Räsänen und den Bischof der Evangelisch-Lutherischen Missionsdiözese Finnlands, Juhana Pohjola, wegen angeblicher Hassrede geht weiter. Das teilte die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International (Allianz zur Verteidigung der Freiheit/Wien) mit, die die beiden in dem Verfahren unterstützt. Laut ihrer Presseerklärung hat der Oberste Gerichtshof Finnlands einen Antrag der Staatsanwaltschaft auf Revision angenommen. Hintergrund: Im November 2023 hatte ein Berufungsgericht in Helsinki Räsänen und Pohjola [freigesprochen](#). Es bestätigte damit den erstinstanzlichen [Freispruch](#) eines Bezirksgerichts aus dem März 2022. Die christdemokratische Politikerin [Räsänen](#) war wegen angeblicher [Hassrede](#) in drei Fällen angeklagt. Sie hatte mehrfach öffentlich geäußert, dass praktizierte Homosexualität aus biblischer Sicht Sünde sei. Konkret ging es in dem Prozess u.a. um eine 2004 von ihr verfasste Broschüre mit dem Titel „Er schuf sie als Mann und Frau – Homosexuelle Beziehungen stellen das christliche Menschenbild infrage“ und ein Radiointerview aus dem Jahr 2019. Pohjola, der inzwischen Vorsitzender des Internationalen Lutherischen Rates (International Lutheran Council/ILC) ist, steht vor Gericht, weil er 2004 Räsänens Broschüre herausgegeben hatte. Die Staatsanwaltschaft fordert in ihrer Anklage eine Geldstrafe von mehreren zehntausend Euro. Räsänen erklärte zur Annahme der Revision. „Ich bleibe gelassen und bin bereit, die Meinungs- und Religionsfreiheit auch vor dem Obersten Gerichtshof zu verteidigen. Wenn nötig, gehe ich auch zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.“ Ein Termin für die Verhandlung vor dem Obersten Gerichtshof steht noch nicht fest.

Indien: Sikh-Kriegergruppe greift Christen an

Eine Gruppe, die einem Sikh-Kriegerorden angehört, hat letzte Woche im nordindischen Bundesstaat Punjab einen Pastor und einen weiteren Christen mit Schwertern und Messern angegriffen, weil sie in ihrem Dorf einen Gottesdienst geleitet hatten.

Vier Nihang-Sikhs, die als Mitglieder des traditionellen Kriegerordens solche Waffen tragen dürfen, griffen Pastor Gurjeet Singh, alias Gurjeet Rinku, und seinen jüngeren Bruder Gurdeep Singh am 18. April im Dorf Sultanwind im Bezirk Amritsar an, wie ein Verwandter mitteilte.

Die Angreifer sagten zunächst zu Gurdeep Singh und später zu Pastor Singh: "Wir haben euch schon früher gewarnt, keine Gottesdienste abzuhalten und keine Menschen zu bekehren, aber ihr habt nicht darauf gehört", so Daljit Kaur, die Frau des Pastors und Augenzeugin.

Die vier Nihang-Sikhs fanden Gurdeep Singh gegen 9 Uhr morgens vor dem Gemeindesaal.

"Als sie ihn allein vorfanden, stürzten sich die Männer auf ihn und schlugen mit Schwertern und Messern auf ihn ein", so Kaur gegenüber Morning Star News.

Als sie und Pastor Singh den Aufruhr hörten, eilten sie nach draußen, und der Pastor eilte, um seinen Bruder zu retten. Der Mob wandte sich schnell dem Pastor zu und schlug mit mehreren Schwerthieben auf ihn ein, so Kaur.

"Um seinen Kopf zu schützen, schirmte Gurjeet jeden Schlag mit seiner Hand ab und erlitt so schwere Schnittwunden an beiden Händen, seinem Arm, seiner Handfläche und sie hackten ihm fast den Daumen ab."

Gurdeep Singh, der seinen Kopf mit den Händen abschirmte, erlitt tiefe Schnittwunden an Kopf, Händen und einem Handgelenk.

Die Angreifer benutzten Schimpfwörter und grobe Ausdrücke, während sie auf die Brüder einschlugen, sagte Kaur. Sie beschuldigten die beiden Christen, Dorfbewohner und andere Menschen aus der Umgebung zum Übertritt zu bewegen.

"Mein Mann wurde bereits zweimal von den Nihang-Sikhs bedroht, aber er hat mir nichts von der Bedrohung erzählt - er wusste, dass ich mir Sorgen machen würde", sagte Kaur.

Sie brachte die Brüder in das private Amandeep-Krankenhaus in Amritsar, nachdem sich zwei andere Krankenhäuser aufgrund der Schwere der Verletzungen geweigert hatten, sie zu behandeln, so Kaur. Pastor Singh erhielt eine Blutkonserve.

"Sie schafften es irgendwie, die Blutung vorübergehend zu stoppen und baten mich, zuerst Geld zu hinterlegen, bevor sie mit der eigentlichen Behandlung beginnen würden", sagte sie.

Bald darauf organisierte Kaur einen Krankenwagen, der die beiden in das Christian Medical College & Hospital in Ludhiana, 90 Meilen von Amritsar entfernt, brachte. "Ich hatte kein Geld, um sie in Amritsar zu behandeln", sagte Kaur.

Noch in derselben Nacht führten die Ärzte eine MRT-Untersuchung des Kopfes von Gurdeep Singh durch und nähten seine Wunde zu, sagte sie. Die beiden Christen wurden am nächsten Morgen wegen ihrer Handverletzungen operiert.

Sie haben noch keine Anzeige bei der Polizei erstattet. "Viele lokale Medien und die Polizei sind gekommen, aber die Polizei hat uns nicht angeboten, eine Anzeige zu erstatten", sagte Kaur. "Das werden wir tun, sobald der Pastor dazu in der Lage ist."

Die Singh-Brüder sind im Dorf Sultanwind geboren und aufgewachsen. Pastor Singh und Kaur haben Söhne im Alter von 8 und 2 Jahren. Gurdeep Singh und seine Frau haben Kinder im Alter von 8, 11 und 18 Jahren.

"Ich bin sehr beunruhigt über den brutalen Angriff auf die Brüder", sagte Pastor Vishnu Dev aus Ludhiana gegenüber Morning Star News. "Wenn die Polizei keine fairen Ermittlungen durchführt und keine gerechten Maßnahmen ergreift, werden wir uns versammeln und gegen die Behörden protestieren und Gerechtigkeit fordern."

<https://morningstarnews.org/2024/04/christian-leaders-are-attacked-with-swords-in-northern-india/>

Israel: Eskalation befürchtet

Bericht: Israelischer Angriff auf iranische Luftwaffenbasis

ISFAHAN (inn) – Die israelische Luftwaffe hat Berichten zufolge am Freitagmorgen eine iranische Luftwaffenbasis bei Isfahan angegriffen. Diverse Medien ließen sich entsprechende Berichte offiziell bestätigen. Das Ausmaß der Schäden war am Freitag noch unklar.

Die israelische Zeitung „Jerusalem Post“ meldete, dass dabei ein Langstreckenflieger zum Einsatz gekommen sei. Dieser habe Raketen auf die Basis abgefeuert. Israel habe die USA im Vorfeld in Kenntnis gesetzt.

Bemühungen um Deeskalation

Infolge des Vorfalls wuchsen Befürchtungen einer weiteren Eskalation. Europäische Länder, darunter Frankreich, Großbritannien und Deutschland, mahnten Zurückhaltung an. China erklärte, es werde „weiter eine konstruktive Rolle bei der Deeskalation spielen“.

Aus iranischen Regierungskreisen hieß es, es bestehe kein Interesse an einer Eskalation, noch gebe es Pläne für einen Gegenschlag. Bei den Geschossen habe es sich um Drohnen, nicht um Raketen gehandelt. Teheran bestritt sogar, dass es ein Angriff von außen gewesen sei. „Die Diskussion geht eher in Richtung Infiltration statt Angriff“, zitiert die Nachrichtenagentur „Reuters“ einen Regimevertreter.

Unmut über Minister-Tweet

Die Äußerung kann aber auch als Versuch verstanden werden, sich vom Zwang eines abermaligen Gegenschlages zu befreien. Die Annahme, dass Israel verantwortlich sein könnte, wurde indes durch eine Äußerung des israelischen Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir genährt. Der Chef der Partei „Jüdische Stärke“ veröffentlichte am Freitagmorgen auf der Plattform X einen Post mit dem einen Wort: „Schwach!“.

Damit zog er den Unmut anderer Politiker auf sich. Oppositionsführer Jair Lapid (Jesch Atid) sagte, nie zuvor habe ein Minister dem Ansehen und der Sicherheit so schweren Schaden zugefügt. „In einem unverzeihlichen Ein-Wort-Tweet hat es Ben-Gvir geschafft, Israel von Teheran bis Washington zu verspotten und zu beschämen.“

Der Iran hatte in einer Reaktion zwischenzeitlich die Flughäfen von Teheran, Schiras und Isfahan gesperrt. Am Freitagmorgen (Ortszeit) wurde die Sperre wieder aufgehoben. Für den Freitag sagten einige Luftlinien jedoch Flüge nach Tel Aviv ab, darunter KLM, Austrian Airlines, Swiss Air und Lufthansa. (df)

Israel: Gescheiterter Anschlag in Jerusalem

Ladehemmung als „Pessach-Wunder“

Von Israelnetz/ 23. April 2024 / Mit dem Auto in eine Menschenmenge rasen und danach so viele wie möglich erschießen: Nach diesem Vorbild handelten zwei 17-jährige Terroristen aus Hebron am Montag vor dem Beginn des Pessach-Festes im Jerusalemer Stadtteil Romema. Ihr Plan ging nicht auf. Bei der brutalen Ramm-Attacke wurde das Auto offenbar schwerer beschädigt als drei Passanten, die mit leichten Verletzungen ins Krankenhaus kamen. Die Waffe der Angreifer versagte mit einer Ladehemmung. Sie flohen in ein Möbelgeschäft, wo sie wenig später von Einsatzkräften gestellt wurden. Israelis sprechen von einem „Pessach-Wunder“. (cs)

Israel: Malawi eröffnet Botschaft in Israel

Wie 2020 angekündigt

Malawi hat am Donnerstag seine [Botschaft](#) in Tel Aviv eröffnet. Vor der Zeremonie sprach die Außenministerin des ostafrikanischen Landes, Nancy Tembo, mit Familien der Geiseln. „Wir werden Israel weiterhin unterstützen, auch wenn alle anderen es nicht tun“, sagte Tembo. „Malawi betet für die Geiseln.“ Sie stimmte mit dem israelischen Außenminister Israel Katz überein, dass die Freilassung der Geiseln Vorbedingung für einen Waffenstillstand sein müsse. Während der Veranstaltung unterzeichnete sie ein Abkommen über die Entsendung von 3.000 Arbeitern aus Malawi für die israelische Landwirtschaft. (cs)

aus Israelnetz.com

Israel: Seltene Einblicke in den Gazastreifen

Journalist: „Palästinenser sind Geiseln der Hamas“

Sami Obeid ist einer der wenigen Journalisten im Gazastreifen, die mit israelischen Medien reden. Deutlicher als in der Vergangenheit kritisierte er in seinem jüngsten Interview seine Führung: Die Menschen in Gaza seien Geiseln der Hamas.

Von Israelnetz/25. April 2024

GAZA (inn) – Noch während des Gaza-Konfliktes im Mai 2021 stellte der heute 65-jährige Journalist Sami Obeid der Hamas ein gutes Zeugnis aus. Im Interview der israelischen Zeitung „Ha'aretz“ lobte er die Terrorgruppe für ihre Innenpolitik. Nirgendwo sonst auf der Welt gebe es eine solche „innere Sicherheit“. Obwohl Araber gerne stritten, gebe es keine Auseinandersetzungen im Gazastreifen und keine Kriminalität in den Städten.

Drei Jahre und einen Krieg später kritisiert Obeid die Hamas offen. Die Hoffnung besteht, dass er ausspricht, was viele insgeheim denken.

Früher war es besser

Obeid spricht fließend Hebräisch. In den Achtzigerjahren lebte er acht Jahre lang in Tel Aviv – der „schönsten Stadt Palästinas“, wie er sagt. Damals konnte er sich frei zwischen Gaza, Jerusalem und Ramallah bewegen. Es war die Zeit nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967, als Israel sämtliche eroberte Gebiete allein verwaltete. Reisebeschränkungen verhängte Israel erst im Jahr 2000 nach dem Ausbruch der „Zweiten Intifada“.

Der Gazastreifen wurde im Jahr 2007 abgeriegelt. 2005 zog Israel sein Militär und gegen ihren Willen die gesamte jüdische Zivilbevölkerung von dort ab. Die Hamas wurde als Regierung gewählt. Daraufhin schaltete die Terrorgruppe die politische Opposition in ihrem Herrschaftsgebiet aus und begann den Terror gegen Israel. Seither sitzt Obeid im Gazastreifen fest. Die guten alten Zeiten sind vorbei.

Alles zerstört

Obeid lebte im nördlichen Gazastreifen. Nach dem Hamas-Massaker am 7. Oktober und dem Ausbruch des Krieges folgte er den israelischen Anweisungen und floh am 11. Oktober mit seiner Familie in den Süden. „200 Meter von meinem früheren Wohnort entfernt standen 15 Hochhäuser“ erzählt Obeid. „Sie wurden innerhalb von zwei Tagen dem Erdboden gleichgemacht.“ Verletzt wurde dabei niemand. Eine alte Frau, die sich ohne Hilfe kaum bewegen konnte, sei die letzte gewesen, die rechtzeitig aus den Hochhäusern evakuiert wurde.

Die Situation in Gaza beschreibt Obeid als desaströs. Es gebe „keine Krankenhäuser, keine Moscheen, keine Schulen oder Universitäten, keinen Strom“. Die Menschen warteten darauf, in ihre niedergebrannten Häuser im Norden zurückzukehren. Sie wollen alles wiederaufbauen. Er selbst habe ein Haus für 550.000 US-Dollar gekauft und 30 Jahre darin gelebt – 170 Meter von einem wunderschönen Strand entfernt. Jetzt stünden nur noch die Wände.

In seinem Interview 2021 gab er an, im fünften Geschoss eines mehrstöckigen Gebäudes zu wohnen. Die Armut im Gazastreifen sei furchtbar. Seine fünf Söhne seien alle arbeitslos. Vielleicht, aber nur vielleicht, war das Halbe-Million-Dollar-Haus direkt am Strand lediglich ein ferner Wunschtraum, der nun einmal mehr zerstört wurde.

Überleben in Rafah

Zurzeit lebt Obeid mit seiner Familie im Hause seines Schwagers in Rafah. Die Stadtbevölkerung sei über Nacht von 300.000 auf anderthalb Millionen angewachsen. Es fehle an Strom, Wasser, Bargeld, Treibstoff und Zigaretten. „Wer in Häusern lebt“, berichtet Obeid, „versucht mit Solarpaneelen Strom zum Kochen zu erzeugen, da weder Israel noch Ägypten die Einfuhr von Brennstoff zulassen.“

Weiter beschreibt er die Lage: „Kühlschränke funktionieren nicht, Lichter funktionieren nicht. Besonders schlimm ist die Situation für die Bewohner dieser Lager, in denen es kein fließendes Wasser und keine sanitären Einrichtungen gibt. Um ihre Notdurft zu verrichten, graben sie oft Löcher in den Boden und verdecken diese dann.“

Natürlich seien auch Hamas-Leute mit den Flüchtlingen aus Gaza nach Rafah gekommen. Die wenigen „Hamas-Polizeikräfte“ konzentrierten sich auf den Grenzübergang. Dort nähmen sie die eintreffenden Waren entgegen und kontrollierten sie. Auch wer den Gazastreifen verlassen wolle, müsse „am Innenministerium vorbei“ und mindestens 5.000 Dollar zahlen. Sie könnten dann „eine Reise nach Ägypten unternehmen“ und ein paar Monate „Urlaub“ machen, bis der Krieg vorbei sei.

Einkommen und humanitäre Hilfe

Humanitäre Hilfe komme an. Aber es sei nicht wie im Supermarkt, wo man sich die Waren aussuchen könne. „Die meisten Menschen, die ich in Rafah sehe, leben von Geldern, die von außerhalb Gazas kommen“, erklärt Obeid, „von Familienangehörigen und Freunden im Ausland. Niemand arbeitet und alles ist sehr teuer geworden. Eine Packung Zigaretten kostet heute 500 Schekel (124 Euro). Vor dem 7. Oktober rauchte ich täglich eine Packung.“ Heute kaufe er hin und wieder einzelne Zigaretten für den Preis einer Packung vor dem Krieg. „Israel erlaubt keine Zigaretten im Gazastreifen“, sagt er. „Sie denken, wir bauen damit Raketen.“

Obwohl niemand in der Familie arbeitet, sagt Obeid: „Wir kommen zurecht.“ Seine Frau erhält nach wie vor ihr Gehalt als Schulleiterin von der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Die Regierung des Westjordanlandes hat in Gaza keinerlei Mitspracherecht.

Die Hamas hat sie seit 2007 komplett von der politischen Bühne verdrängt. Dennoch zahlt die PA Zehntausenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Gehälter. Sie hofft, damit in der Gunst des Volkes zu steigen. Ein entsprechender Effekt ist jedoch nicht eingetreten.

„Wir sind Opfer“

Obeid ist der Überzeugung, dass „90 Prozent der Menschen in Gaza die Hamas in keiner Weise wollen“. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Traum irgendwann Wirklichkeit wird. Noch belegen [Umfragen](#), dass die Hamas sowohl im Gazastreifen als auch im Westjordanland die absolute Mehrheit potenzieller Wähler auf ihrer Seite hat. „Die Menschen würden die Palästinensische Autonomiebehörde der Hamas deutlich vorziehen“, sagt Obeid. Das Gegenteil ist der Fall.

Außerdem tadelt Obeid den israelischen Premier Benjamin Netanjahu (Likud) dafür, dass er die „Menschen in Gaza“ zusammen mit der Hamas für das Massaker vom 7. Oktober verantwortlich mache. „Aber wir sind die Opfer“, stellt er richtig. Umfragen widerlegen jedoch seine Wahrnehmung. Mehr als 70 Prozent der Palästinenser befürworteten den Terrorakt. Obeid nicht. Er hebt das palästinensische Opfernarrativ auf eine neue Stufe, wenn er sagt: „Die Hamas wusste, dass die Menschen sie hassten und sie nicht als Herrscher haben wollten. Sie begingen den 7. Oktober aus Rache an uns, in der Erwartung, dass Netanjahu Vergeltung üben und Gaza verwüsten würde.“

Die Zivilisten seien der Hamas egal. Die Anführer seien schließlich „alle im Ausland“. Sie würden auch dann noch einen Sieg für sich proklamieren, wenn der Gazastreifen in Zukunft völlig zerstört und 70.000 Tote zu beklagen seien. Er geht davon aus, dass die Hamas an der Macht bleiben oder zurückkehren wird. Er selbst werde in diesem Fall „keinen Tag länger hier bleiben“. Denn: „Auch wir, die Menschen in Gaza, leben wie Geiseln der Hamas.“ Er hoffe auf eine Einigung und die Freilassung der Geiseln noch im April.

Die Hamas habe von Anfang an den Fehler begangen, die Palästinenser nicht die hebräische Sprache zu lehren. Stattdessen habe sie „die Menschen über ihre göttliche Mission, die Juden zu bekämpfen und Palästina zu befreien, einer Gehirnwäsche“ unterzogen. Obeid fragte sich bereits vor Jahren: „Wohin werden sie diese armen Menschen mit ihren Lügen und ihren Kriegen führen? Ich möchte nicht für ihre Sache sterben, sondern sie sterben lassen.“

„Ein-Staat-Lösung“

Im Interview 2021 schlug Obeid der israelischen Regierung vor, die Grenzen zum Gazastreifen zu öffnen und Arbeiter hereinzulassen. Das werde der Hamas den Nährboden entziehen. Die tatsächliche zunehmende Durchlässigkeit sollte für Israel am 7. Oktober dramatische Folgen haben.

Dennoch bleibt Obeid bei seiner Vision einer „Ein-Staat-Lösung“. Er denkt, dass „Netanjahus Krieg jetzt vorbei“ sei. Nun sei die größte Hoffnung der Menschen im Gazastreifen, von Israel annektiert zu werden. Juden und Palästinenser würden Bürger eines einzigen Landes sein. Obeid befürwortet sogar den Wiederaufbau von Siedlungen im Gazastreifen.

Damit ist er sich mit einigen Politikern und Bürgern in Israel [einig](#). Diese beabsichtigen jedoch mehrheitlich nicht, den Palästinensern die israelische Staatsbürgerschaft und somit das Wahlrecht zu verleihen. Ihnen schwebt eher eine palästinensische Selbstverwaltung unter israelischer Aufsicht nach dem Vorbild des Westjordanlandes vor.

Ein weiteres Argument für eine „Ein-Staat-Lösung“ sieht Obeid im „gemeinsamen Gott“ von Juden und Muslimen. Diese Sicht begründet er mit einer einfachen Rechenaufgabe: „Zu wem betet der Jude und zu wem betet der Muslim? Beide beten zu Gott. Wie viele Götter gibt es? Einen. Also beten wir zum selben Gott.“ Juden und Muslime hätten jahrhundertlang friedlich zusammengelebt. Die Probleme hätten erst mit der Gründung des Staates Israel begonnen.

Gaza ist ein guter Ort

Nach Möglichkeit möchte Obeid im Gazastreifen bleiben. Es gebe sowieso keine Alternative. Kein Land wolle Palästinenser aufnehmen. „Ich bin 65 Jahre alt“, sagt Obeid. „Ich bin um die Welt gereist, aber ich liebe diesen Ort. Es gibt hier gute Leute, aber sie können sich nicht selbst verwalten. Sie brauchen einen Außenstehenden, der sie kontrolliert.“

Der Journalist schwärmt von der 270 Kilometer langen Küste Gazas mit wunderschönen Stränden. „Wenn die Hamas nicht an die Macht zurückkehrt, werden wir hierbleiben. Gaza ist ein guter Ort zum Leben“, sagt er und fügt hinzu: „Wir hoffen nur, dass der Schlamassel mit Israel ein Ende hat.“ (cs)

Italien: Tunesischer Konvertit von muslimischen Landsmännern angegriffen

Gegen drei Tunesier wird wegen Bedrohung, Körperverletzung und Raub mit dem erschwerenden Umstand der religiösen Diskriminierung ermittelt, weil sie zwei gewalttätige Übergriffe auf einen zum Christlichen Glauben konvertierten Landsmann verübten.

IIRF-D/ansa/Tübingen/22.04.24 - Ein achtundzwanzigjährige Konvertit aus Tunesien hatte seine muslimischen Landsmänner angezeigt, nachdem sie zu dritt ihn bedroht, körperlich angegriffen und seine Halskette abgerissen hatten.

Der legal Einwanderte wurde angegriffen, als er am Abend des 12. November mit einem Freund spazieren ging. Die drei Männer, die ihn gestellt hatten, beschwerten sich, dass er "die christliche Kirche besuche", bedrohten ihn und griffen ihn mit Tritten und Schlägen an, bevor es ihm gelang, sich zu befreien und zu fliehen. Im Krankenhaus wurden Verletzungen festgestellt, die „innerhalb von 30 Tagen heilen sollten“.

Fünf tate später wurde der junge Mann erneut von zwei der drei Männer angegangen. Sie verlangten von ihm, die Anzeige zurückzuziehen und nicht mehr die katholische Kirche zu besuchen. Als er sich weigerte, reagierte einer der beiden heftig, indem er anpackte und mit dem Tod bedrohte. Dem Opfer gelang es jedoch, sich zu befreien und die Polizei erneut um Hilfe zu bitten.

Der Ermittlungsrichter von Perugia ordnete "nach Auswertung der zahlreichen polizeilichen Aufzeichnungen der Verdächtigen und der Einschätzung des Risikos einer Wiederholung des Verbrechens" eine vorsorgliche Gefängnishaft für alle an.

Quelle: https://www.ansa.it/sito/notizie/cronaca/2024/04/13/contestata-discriminazione-religiosa-per-arrestati-a-perugia_28046b7a-efab-47d3-bb96-b6714f3cccf2.html

Katar: Antisemitische Äußerung

Katar-Vertreter: 7. Oktober war nur „Vorspiel“

(Von Israelnetz/ 24. April 2024) Ein Mitglied der Beratenden Versammlung in Katar hat das Terrormassaker vom 7. Oktober als „Vorspiel“ für die Auslöschung Israels beschrieben. In einer Sitzung der Arabischen Liga sagte Essa al-Nasser am Montag in Kairo, Verhandlungen oder Frieden „mit dem zionistischen Gebilde“ hätten keinen Zweck, da dies nicht ihrer Mentalität entspreche. „Sie erkennen nur eine Sache an, nämlich das Töten, da sie Propheten getötet haben.“ Die Einwanderung von Juden ins Land diene nur als Vorbereitung für die endzeitliche „Schlacht der nächsten Generation“. (df)

Kongo: Allein im März 50 Christen getötet

Welche Hilfe bleibt Christen angesichts der Expansionsagenda der Islamisten?

(Open Doors, Kelkheim) – Mindestens 50 Christen wurden im März 2024 bei Angriffen der islamisch-extremistischen Miliz ADF getötet. Weitere Christen wurden verletzt oder entführt. Die Angriffe fanden in der Provinz Nord-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) statt. Dort verfolgt die Miliz das Ziel, ein Kalifat zu errichten, und geht seit Jahren brutal gegen Christen vor. Nur noch Gebet könne angesichts der nicht enden wollenden Gewalt helfen, sagte ein Kirchenleiter gegenüber Open Doors.

Wiederholte Angriffe, mindestens 50 Tote

Die Angriffe vergangenen Monat wurden in und um die Stadt Beni verübt. In der Nacht auf den 1. März wurden in der Ortschaft Ngite-Mavivi zwei Christen von Kämpfern der „Allied Democratic Forces“ (ADF) erstochen und weitere Christen verletzt. Nur wenige Tage später, am 5. März, wurden mindestens neun Christen im Dorf Vemba-Kinyamusehe getötet. Die örtliche zivilgesellschaftliche Organisation „Convention pour le respect des droits de l’homme“ (CRDH) wies darauf hin, dass Schulen und Gesundheitszentren in der Gegend aufgrund der seit Januar 2024 fortgesetzten Angriffe geschlossen bleiben.

Am stärksten trafen die Angriffe im März Mulekera, einen Verwaltungsbezirk der Stadt Beni. ADF-Kämpfer töteten dort vergangenen Monat mindestens 39 Christen: Bei einem Angriff am 17. März wurden drei Christen ermordet, weitere entführt. Am 23. März plünderten ADF-Kämpfer die Häuser von Christen, legten Feuer, und töteten einen Christen. Bei einem weiteren Angriff am Palmsonntag, den 24. März, wurden mindestens 13 Christen getötet. Die Angreifer brannten auch etwa ein Dutzend Häuser ab. Am Folgetag wurden die Leichen weiterer 22 Christen im Busch entdeckt.

Am 26. März griffen ADF-Kämpfer das Dorf Mulwa an. Sie entführten eine bisher unbestätigte Anzahl Christen.

Sicherheitslage seit Jahren katastrophal

Die ADF sind eine von mehr als 100 bewaffneten Gruppen im Osten der DRK. Die Situation vor Ort ist laut dem UNHCR „eine der komplexesten humanitären Krisen der Welt“. Während ein Großteil der Gruppen vorrangig wirtschaftliche oder ethnische Ziele verfolgt, haben sich die ADF als „Islamischer Staat Provinz Zentralafrika“ dem IS angeschlossen. Ihr Ziel ist es, ein Kalifat im Osten der DRK und dem benachbarten Uganda zu errichten. Dabei gehen die islamisch-extremistischen Kämpfer mit äußerster Brutalität gegen Christen vor. Im Berichtszeitraum zum [Weltverfolgungsindex 2024](#) wurden in der DRK mindestens 261 Christen aufgrund ihres Glaubens getötet (1. Oktober 2022–30. September 2023). Damit wurden weltweit nur in Nigeria mehr Christen ermordet. Die jüngsten Angriffe sowie die [Angriffsserie von Januar 2024](#) zeigen, dass mit keiner Verbesserung der Situation zu rechnen ist. „Wir benötigen die Gebete der weltweiten Christenheit, denn nichts anderes hilft [mehr]“, sagt Pastor Kambale, Pastor einer Gemeinde des Kirchenbundes CECA 20 in Mangina, Nord-Kivu, und lokaler Partner von Open Doors.

In den vergangenen Jahren ist es der Regierung nicht gelungen, für Frieden in der Region zu sorgen. Am 1. April 2024 wurde Judith Suminwa Tuluka zur neuen Premierministerin ernannt. In einer Rede im nationalen Fernsehen versprach sie, sich für „Frieden und Entwicklung“ einzusetzen, wie die Deutsche Welle berichtet.

Jo Newhouse*, Sprecherin des Dienstes von Open Doors in Subsahara-Afrika, kommentiert die Sicherheitslage im Osten der DRK: „Das Ausmaß der anhaltenden ADF-Angriffe auf christliche Gemeinschaften ist entsetzlich. [...] Tausende Menschen werden aus ihren Häusern, von ihrem Land und Lebensunterhalt vertrieben. Wir rufen die internationale Gemeinschaft dazu auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um sicherzustellen, dass die Regierung der DRK treu und transparent alle betroffenen Gemeinschaften schützt und dass die Vertriebenen die Hilfe erhalten, die sie in diesen Umständen benötigen.“

*Name geändert

Quellen: Open Doors, CRDH, Radio Okapi, UNHCR, Deutsche Welle (12.04.2024)

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/dr-kongo-allein-im-maerz-50-christen-getoetet?pk_campaign=NA&pk_kwd=20240412

Malawi: Malawier zurück aus Mosambik

„Ich bin zurück von einem weiteren Aufenthalt in Mosambik. Ich habe eine Menge Herausforderungen, vor allem beim Transport, denn die Kirchen sind weit auseinander liegen, 20 bis 50 km von anderen Kirchen entfernt. Aber in jedem Gebiet vermehren sie sich. Wir haben jetzt 58 Zweigstellen in Mosambik, verglichen mit 25 Zweigstellen in Malawi, wo wo aus die Arbeit begann! Dies zeigt einen großen Hunger nach Jesus in Mosambik. Aber es ist nicht einfach, dorthin zu kommen, besonders wenn wir öffentliche Verkehrsmittel benutzen, die oft nur einmal am Tag fahren und wir am Straßenrand schlafen müssen. Ein Taximotorrad zu mieten ist zu teuer.“

Bridgeway/ übersetzt und bearbeitet AKREF

Myanmar: Baptistenpastor und Menschenrechtler kommt frei

Hkalam Samson sollte ursprünglich sechs Jahre Haft verbüßen

Yangon (IDEA) – Aufgrund einer Generalamnestie in Myanmar ist der Baptistenpastor Hkalam Samson am 17. April freigekommen. Das berichtet die römisch-katholische Nachrichtenplattform UCA News. Samson ist einer von 3.303 Gefangenen, die entlassen wurden. Der ehemalige Vorsitzende der Baptistenbundes der Kachin befand sich seit 16 Monaten in einem Gefängnis in der Hauptstadt des Kachin-Staates Myitkyina. Die Militärjunta hatte den 65-Jährigen am 4. Dezember 2022 verhaftet. Am 7. April 2023 verurteilte ihn ein Gericht ihn zu sechs Jahren [Haft](#). Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten ihn im Februar 2023 als „[Gefangenen des Monats](#)“ benannt. Samson tritt für Menschenrechte, insbesondere Religionsfreiheit, sowie für interreligiöse Verständigung ein. 2019 prangerte er im Gespräch mit dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump an, dass Christen in seiner Heimat gefoltert werden. Der Grund für seine Verurteilung war laut der US-Zeitschrift „Christianity Today“ ein Treffen mit Mitgliedern einer bewaffneten Gruppe. Das Militärregime warf ihm deswegen unter anderem Terrorismus und Anstiftung zum Widerstand vor. Samson habe dagegen darauf hingewiesen, dass er sich mit der Gruppe zum Gebet versammelt habe. In dem süostasiatischen Land sind 76 Prozent der 54,8 Millionen Einwohner Buddhisten. Der Anteil der Christen liegt bei acht Prozent. Die übrigen Einwohner sind meist Muslime oder Hindus.

Nepal: Hindu-Nationalismus wird zu einer wachsenden Bedrohung für Christen

International Christian Concern - Im Gegensatz zu den Christen im Nachbarstaat Indien waren die Gläubigen in Nepal bis vor kurzem besser vor staatlich sanktionierter Diskriminierung und Gewalt geschützt. Das Blatt wendet sich jedoch, da die Verfolgung, die indische Christen seit einiger Zeit kennen, langsam über die Grenze schwappt.

Mehrere Berichte deuten darauf hin, dass die Nähe zu Indien nicht der einzige Grund für diese Entwicklung ist. Einiges deutet darauf hin, dass Gelder direkt von den pro-hinduistischen Nationalisten, die Indien kontrollieren, nach Nepal geflossen sind, was zu einer Zunahme der Gewalt gegen religiöse Minderheiten geführt hat. Christen, Muslime und Buddhisten mussten mit ansehen, wie ihre heiligen Gebäude, heiligen Zeremonien und bestimmte Personen von der hinduistischen Mehrheit angegriffen wurden.

Dieser Trend zu zunehmender Verfolgung und Diskriminierung in Nepal war letzte Woche zu beobachten, als Demonstranten auf das Parlamentsgebäude in Kathmandu marschierten und ihre Forderung nach einer Rückkehr zur Monarchie und einem Hindu-Staat erhoben.

Der Marsch wurde schließlich gewalttätig, als die Demonstranten mit der Polizei zusammenstießen, was zu mehreren Schwerverletzten führte. Seit dem Marsch haben viele Menschen innerhalb und außerhalb Nepals ihre Besorgnis über den wachsenden Hindu-Nationalismus zum Ausdruck gebracht.

Ein ICC-Partner in Kathmandu hat sich besorgt über diesen wachsenden Trend geäußert und mitgeteilt, dass die Evangelisationsarbeit im ganzen Land gefährlicher wird.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Nigeria: „Chibok-Mädchen“ seit 10 Jahren entführt

Elternsprecher Yakubu Nkeki: noch 82 Mädchen vermisst

(Open Doors, Kelkheim) – Am vergangenen Sonntag, dem 14. April 2024, erinnerte die Stadt Chibok mit einem besonderen Gottesdienst an die [Entführung von mehr als 270 Schülerinnen](#) vor genau zehn Jahren ([wir berichteten](#)). Auch lokale Partner von Open Doors nahmen daran teil. Obwohl viele der größtenteils christlichen Mädchen in den letzten Jahren freigelassen wurden, ist der Verbleib anderer weiterhin unklar. Nachfolgend ein Überblick über den aktuellen Stand.

Was ist aus den Chibok-Mädchen geworden?

Die Schülerinnen lassen sich grob in vier Gruppen einteilen:

- 1: Diejenigen, die entkommen sind.
- 2: Diejenigen mit unbekanntem Status: Sie sind weiterhin in Gefangenschaft oder bereits tot.
- 3: Diejenigen, deren Tod von entflohenen Mädchen bereits bestätigt wurde.
- 4: Einige Mädchen wurden in den letzten Jahren freigelassen und leben jetzt in einem vom Militär geführten Rehabilitationslager für ehemalige Boko-Haram-Kämpfer als deren Ehefrauen. Drei überlebende Frauen berichteten der Nachrichtenagentur Reuters, dass in mindestens fünf Fällen Frauen, die unverheiratet in das Lager kamen, dort mit Ex-Kämpfern verheiratet wurden.

„Sie werden nicht in der Lage sein, zwischen der Zeit ihrer Gefangenschaft und der jetzigen Zeit im Militärlager zu unterscheiden“, befürchtet einer unserer lokalen Partner. Und Dauda Yama, dessen Tochter sich in einem solchen Lager befindet, erklärt: „Sie wurden einer Gehirnwäsche unterzogen, sodass sie jetzt eine positive Haltung gegenüber ihren Entführern einnehmen.“

Wie verkraften die Familien den Schmerz und die Ungewissheit?

Viele der immer noch wartenden Chibok-Eltern haben mit Gesundheitsproblemen wie Bluthochdruck oder Diabetes zu kämpfen. Sie leben in ständiger Spannung, jederzeit auf eine Nachricht von ihren Töchtern hoffend – und sei es die von ihrem Tod, damit sie sich von ihnen verabschieden können. Wie drastisch diese Auswirkungen sind, erklärt Yakubu Nkeki, Vorsitzender der Elternvereinigung der Chibok-Mädchen, gegenüber lokalen Partnern von Open Doors: „Die kleinste Krankheit kann sie wegen ihres hohen Blutdrucks das Leben kosten. In den ersten drei Jahren der Entführung haben wir 38 Eltern verloren.“ Nach seinen Aufzeichnungen werden 82 Mädchen bis heute vermisst.

Chibok war eine überwiegend christliche Schule. Welche Rolle spielen religiöse Motive bei solchen Entführungen?

Als 2014 die Chibok-Schülerinnen entführt wurden, geschah dies aus klar religiösen Motiven. Boko Haram wollte die Botschaft aussenden, dass sie westliche Bildung nicht tolerieren würde, weil sie gemäß der Scharia verboten (haram) sei. Zwischen 2010 und 2014 töteten Boko-Haram-Kämpfer Hunderte von Schülern bei Angriffen. Die Gruppe warnte, dass solche Angriffe fortgesetzt würden, solange die nigerianische Regierung weiterhin in die traditionelle islamische Bildung eingreife.

Was hat sich in den letzten zehn Jahren in Bezug auf Entführungen getan?

Die Entführung von Chibok im April 2014 fand zu einem Zeitpunkt statt, als Boko Haram fast auf dem Höhepunkt ihrer Macht angelangt war. Obwohl Massenentführungen damals nicht zur Strategie der Gruppe gehörten, ist es seitdem immer wieder zu vergleichbaren Übergriffen gekommen. Auch andere Gruppierungen setzen auf diese Weise christliche und gemäßigte muslimische Gemeinschaften unter Druck – oftmals um sie einzuschüchtern und Lösegeld zu erpressen.

Was kann man tun, um den Entführungen Einhalt zu gebieten?

Es ist zunächst einmal Aufgabe der nigerianischen Regierung,

- die Sicherheit der Zivilbevölkerung gemäß internationalen Verpflichtungen zu gewährleisten;
- entschieden gegen jegliche Gewalt vorzugehen, einschließlich der [Gewalt der Fulani-Milizen](#), die Täter zu ermitteln und sie rechtlich zur Verantwortung zu ziehen;
- sich weiter um die Befreiung der von Boko Haram festgehaltenen Geiseln zu bemühen, darunter junge christliche Mädchen wie [Leah Sharibu](#) und die Chibok-Mädchen.

Doch nach 10 Jahren und manchen frustrierenden Erfahrungen erklärt Yakubu Nkeki: „Selbst wenn die Regierung oder die ganze Welt unsere Kinder im Stich lässt – wenn Gott sie herausholen will, wird ihn niemand aufhalten. Deshalb bitten wir um euer Gebet!“

Quelle: Open Doors Deutschland (17.04.2024)

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/nigeria-chibok-maedchen-seit-10-jahren-entfuehrt?pk_campaign=GM&pk_kwd=20240417

Nordkorea: Freies Radio - Ein gewagter Akt des Aufbegehrens gegen die Tyrannei

International Christian Concern - Im Schatten des repressivsten Regimes der Welt dringt eine Radiowelle der Hoffnung in die Herzen und Köpfe derer, die in der Dunkelheit der Unterdrückung leben. Free North Korea Radio (Freies Radio Nordkorea FNKR) führt in Partnerschaft mit ICC eine transformierende Mission durch, um das Evangelium und die Hoffnung Jesu durch Radiosendungen zu den versklavten Menschen in Nordkorea zu bringen.

Jeden Morgen und Abend werden zwei Stunden lang Sendungen ausgestrahlt, die den Schleier der Zensur durchdringen und die abgelegenen Winkel Nordkoreas mit von Abtrünnigen verfassten Botschaften des Glaubens und der Erlösung, mit Lobliedern und vielem mehr erreichen. Diese Sendungen, die sorgfältig auf das nordkoreanische Publikum zugeschnitten sind, bieten eine lebenswichtige geistliche Nahrung in einem Land, in dem sich seine Führer selbst zu Göttern gemacht haben

Die FNKR ist sich der immensen Herausforderung bewusst, eine von der Außenwelt isolierte Bevölkerung zu erreichen, und wendet innovative Methoden an, um das Evangelium weiterzugeben.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Pakistan: Gericht stuft unterschiedliches Mindest-Heiratsalter als diskriminierend ein

LAHORE, Pakistan (Christian Daily International-Morning Star News) - Ein hoher Gerichtshof in Pakistan hat entschieden, die geschlechtsspezifische Altersunterscheidung im Gesetz zur Kinderheirat aufzuheben, um Zwangskonvertierungen und Zwangsverheiratungen von Mädchen zu verhindern.

Richter Shahid Karim vom Obersten Gerichtshof in Lahore erklärte am 15. April das Kinderheiratsgesetz der Provinz Punjab aus dem Jahr 1929, das ein Heiratsalter von 18 bzw. 16 Jahren für Jungen und Mädchen vorsah, als "diskriminierend".

Das Urteil geht auf die Petentin Azka Wahid zurück, die eine Änderung des Kinderheiratsgesetzes forderte, um schädliche geschlechtsspezifische Unterschiede im Einklang mit der in der pakistanischen Verfassung garantierten Gleichberechtigung von Mann und Frau zu verhindern.

Richter Karim schrieb in seinem fünfseitigen Urteil, dass das unterschiedliche Heiratsalter für Männer und Frauen "verfassungswidrig ist und ohne rechtliche Befugnis und ohne rechtliche Wirkung ist."

Er wies die Regierung der Provinz Punjab an, "die überarbeitete Fassung des Gesetzes von 1929 (auf der Grundlage dieses Urteils) innerhalb der nächsten 15 Tage herauszugeben und diese Fassung auch zur Information auf ihre Website zu stellen."

(Derzeit ist die Provinz Sindh die einzige in Pakistan, in der das gesetzliche Heiratsalter sowohl für Mädchen als auch für Jungen 18 Jahre beträgt, während in den Provinzen Punjab, Khyber Pakhtunkhwa und Belutschistan das Mindestalter für Mädchen immer noch bei 16 Jahren liegt.)

Obwohl das Gesetz von 1929 durch den Punjab Child Marriage Restraint (Amendment) Act, 2015, ersetzt wurde, um Kinderheirat in Punjab unter Strafe zu stellen, werden Mädchen und Frauen in Pakistan oft gegen ihren Willen zur Heirat gezwungen, in einigen Fällen sogar bevor sie das gesetzliche Heiratsalter erreicht haben. Dies gilt insbesondere für Minderheiten wie Christen und Hindus. Christliche und Hindu-Frauen und -Mädchen sind besonders gefährdet, da sie zu marginalisierten Minderheitengruppen gehören und routinemäßig für sexuelle Ausbeutung unter dem Deckmantel von Zwangsehen und erzwungenen religiösen Konversionen ins Visier genommen werden.

Der Richter stellte fest, dass es notwendig sei, wirksame Maßnahmen gegen Kinderehen zu ergreifen, da die pakistanischen Heiratsgesetze in erster Linie "soziale, wirtschaftliche und erzieherische Faktoren und nicht religiöse Faktoren" im Blick haben sollten.

Unter Verweis auf Artikel 25 der Verfassung erklärte der Richter, dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich seien und Anspruch auf gleichen Rechtsschutz hätten.

Die Definition des Begriffs "Kind" im Gesetz von 1929 unterscheidet zwar nach dem Alter, stützt sich aber nicht auf ein verständliches Kriterium", urteilte Richter Karim. "Die Definition tendiert sie dazu, Männern einen größeren Schutz zu gewähren, indem sie ihr Heiratsalter höher hält als das von Frauen."

Laut der Unicef-Datenbank 2016, die auf dem Demographic Health Survey of Pakistan (2012-2013) basiert, werden 21 Prozent der Mädchen in Pakistan vor ihrem 18. und 3 Prozent vor ihrem 15. Lebensjahr verheiratet.

Aus dem Demographic Health Survey of Pakistan (2017-2018) geht hervor, dass das Heiratsalter von Mädchen im Durchschnitt gestiegen ist, aber auch, dass die Kinderheirat im Alter von 15 Jahren von 1,6 auf 1,8 Prozent gestiegen ist. Richter Karim stellte fest, dass dies ein zwingendes Argument dafür sei, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen der Kinderheirat zu bekämpfen.

"Wir als Nation hinken bei allen wichtigen Indikatoren bedauerlicherweise hinterher. Es kann nicht sein, dass die Hälfte unserer Bevölkerung durch Kinderkriegen in einem frühen Alter verloren geht, während ihr Potenzial ungenutzt bleibt", beklagte der Richter.

Kirchenführer und Rechtsaktivisten begrüßten das Urteil des Obersten Gerichtshofs und erklärten, es habe die Frage des Altersunterschieds geklärt und werde dazu beitragen, eine Abschreckung gegen erzwungene Glaubensübertritte und Zwangsverheiratungen von minderjährigen Mädchen aus Minderheiten, einschließlich Christen, zu erreichen.

Der Präsident der Church of Pakistan, Bischof Azad Marshall, lobte das Urteil und sagte, die Regierung des Punjab müsse das Gesetz zur Einschränkung von Kinderehen durch die Versammlung des Punjab ändern, um das Urteil durchzusetzen.

"Dieses Urteil ist der erste Schritt zur Anerkennung der Schwere der Probleme im Zusammenhang mit Kinderheiraten, insbesondere für die christlichen und hinduistischen Minderheiten", sagte Marshall gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Er sagte, die Kirche habe die Durchsetzung eines einheitlichen Mindestalters für die Eheschließung von Jungen und Mädchen von 18 Jahren in ganz Pakistan gefordert, um von Zwangskonvertierungen minderjähriger christlicher Mädchen unter dem Deckmantel der islamischen Ehe abzuschrecken.

Das christliche Mitglied der Provinzversammlung von Punjab, Ejaz Alam Augustine, sagte, es sei unwahrscheinlich, dass die Regierung von Punjab gegen die Entscheidung des Gerichts Berufung einlegen werde. "Ich glaube nicht, dass die Provinzregierung diese Entscheidung anfechten wird, da das geänderte Gesetz allen Frauen und Mädchen ungeachtet ihrer Glaubenszugehörigkeit Schutz bietet

Auf der Weltbeobachtungsliste 2024 von Open Doors mit den schwierigsten Orten, um Christ zu sein, belegt Pakistan wie im Vorjahr den siebten Platz.

<https://morningstarnews.org/2024/04/court-in-pakistan-orders-change-in-legal-marriage-age/>

Philippinen: 500.000 Kinder von sexueller Ausbeutung betroffen

Menschenrechtsexperte: Täter kommunizieren über digitale Plattformen

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – Auf den Philippinen werden rund 500.000 Kinder im digitalen Raum sexuell missbraucht. Das berichtete der Vorstandsvorsitzende der Menschenrechtsorganisation International Justice Mission Deutschland (Internationaler Auftrag für Gerechtigkeit/IJM), Dietmar Roller (Berlin), am 22. April beim Kongress „Gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung“. Die Veranstaltung findet vom 21. bis 24. April im Christlichen Gästezentrum Württemberg „Schönblick“ in Schwäbisch Gmünd statt. Das, was auf den Philippinen passiert, habe auch ganz viel mit Ländern wie Deutschland zu tun. Die Täter kommunizierten von hier aus über Plattformen wie „Microsoft Teams“ mit den Kindern. „Die Täter sind die Regisseure, die grausamste Vergewaltigungen dirigieren“, so Roller. Er sehe einen klaren Zusammenhang zwischen „online und offline“: Wer im Netz missbrauche, der gehe den nächsten Schritt und suche in der realen Welt weiter.

Roller: Kinderrechte weniger wert als Datenschutz?

IJM ist nach eigenen Angaben die größte globale Menschenrechtsorganisation, die gegen moderne Sklaverei kämpft und dazu insbesondere auf die Stärkung von Rechtssystemen setzt. Das jüngste Kind, das IJM aus sexuellem Missbrauch befreit habe, sei zwei Monate alt gewesen, so Roller. 43 Prozent derjenigen, die die Kinder vermitteln, seien Eltern, Verwandte oder Personen aus dem nahen Umfeld. Es handle sich um ein globales Phänomen, das in Deutschland bisher rechtlich kaum zu fassen sei. Datenschutzrechtliche Gründe machten Ermittlungen zum Teil nicht möglich. Roller: „Sind Kinderrechte weniger wert als Datenschutz? Man muss überlegen, ob man Deutschland nicht verklagen sollte. Wir haben die Kinderrechtskonventionen unterschrieben.“ Er fordere von den Politikern schnelles Handeln und die Schaffung eines robusten Rechtssystems, um die Freiheit der Kinder zu schützen. Veranstalter des Kongresses sind das Bündnis „Gemeinsam gegen Menschenhandel“, die Organisationen „Mission Freedom“, „Aktion Hoffungsland“ und „return Fachstelle Mediensucht“ sowie die Evangelische Allianz in Deutschland und das christliche Gästezentrum „Schönblick“. Die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA zählt zu den Medienpartnern des Kongresses.

Sudan: Ein Jahr Krieg – Christen im Kreuzfeuer

Kirchen angegriffen, Christen bei Hilfsgüterverteilung benachteiligt

(Open Doors, Kelkheim) – Seit einem Jahr herrscht Krieg im Sudan ([wir berichteten](#)): Am Montag jährte sich der Ausbruch der Kämpfe zwischen der sudanesischen Armee und der paramilitärischen Gruppe Rapid Support Forces (RSF) am [15. April 2023](#). Der Konflikt hat laut UN-Vertretern inzwischen zu „einem der schlimmsten humanitären Alpträume der jüngeren Geschichte“ geführt und wirkt sich auch verheerend auf die Kirche im Sudan aus.

Millionen auf der Flucht, Hungerkrise droht

„In einem aktuellen UN-Bericht wird geschätzt, dass 8 Millionen Menschen innerhalb des Landes oder ins Ausland geflohen sind“, sagt Fikiru Mehari*, ein Ostafrika-Experte von Open Doors, und erklärt: „Das Land hat nicht genügend natürliche Ressourcen, um Binnenflüchtlinge zu versorgen.“ Die Direktorin des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen, Cindy McCain, warnte, dass aus dieser Massenflucht die weltgrößte Hungerkrise entstehen könne. Aufgrund der anhaltenden Kämpfe können Hilfsorganisationen die Geflüchteten kaum mit Hilfstransporten erreichen.

„Zwar leiden alle Sudanesen aufgrund des Krieges, doch Christen sind besonders hart betroffen, weil sie nicht in gleichem Maß Hilfe von den Gemeinschaften erhalten“, erklärt Fikiru Mehari. „Unsere Kontaktpersonen berichteten kürzlich von Christen, die in einer Kirche oder an anderen Orten Schutz suchen, wo sie nicht mit der übrigen Bevölkerung zusammenkommen – denn in Unterkünften, in denen sie mit Nichtchristen zusammenleben, werden sie als Christen diskriminiert, und es wird für sie noch schwieriger zu überleben.“ So würden Christen bei der Verteilung von Hilfsgütern benachteiligt.

Christen und Kirchen angegriffen

Inmitten des Krieges werden auch immer wieder Christen und Kirchen angegriffen. Nicht immer lässt sich dabei sicher sagen, ob Christen gezielt ins Visier genommen wurden – etwa bei der Bombardierung einer Evangelischen Kirche in Omdurman am 4. November 2023, bei der mindestens 6 Kinder aus dem angrenzenden kirchlichen Waisenhaus starben, oder dem Bombenangriff auf das Missionshaus der Don-Bosco-Schwestern in Khartum am Tag zuvor, bei dem 4 Erwachsene und 19 Kinder verletzt wurden. In anderen Fällen ist dies jedoch offensichtlich, wie bei der Evangelischen Kirche in Wad Madani, auf die zweimal kurz hintereinander ein Brandanschlag verübt wurde, am 27. Dezember 2023 und am 12. Januar 2024.

Beide Kriegsparteien – die Armee unter General Abdel Fattah al-Burhan und die RSF unter General Mohammed Hamdan Dagalo (bekannt als Hemedti) – sind von der islamistischen Ideologie Omar al-Baschirs geprägt, der das Land bis zu seinem Sturz 2019 30 Jahre lang regierte. „Die internationale Gemeinschaft sollte sich nicht täuschen lassen durch die Annahme, entweder al-Burhan oder Hemedti sei die bessere Option im Blick auf Demokratie oder die Rechte der Christen. Beide teilen die gleiche Ideologie, Praxis und Erfahrung, keiner von beiden ist Christen wohlgesinnt“, erklärt Fikiru Mehari. So sind die Christen in diesem Konflikt weitgehend neutral. Sie hoffen auf ein rasches Ende der Kämpfe und eine von der internationalen Gemeinschaft unterstützte Einigung, bei der Religionsfreiheit und andere Menschenrechte ausdrücklich anerkannt werden. Sollten die Kämpfe jedoch fort dauern, droht ein Übergreifen des Konflikts auf die Nachbarländer mit katastrophalen Folgen für die Region.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2024](#) steht der [Sudan](#) an 8. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

*Name geändert

Quellen: UN WFP, UNHCR, Open Doors

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/sudan-ein-jahr-krieg-christen-im-kreuzfeuer?pk_campaign=NA&pk_kwd=20240419

Südsudan: Nach Freilassung des Hauptverdächtigen

Bischöfe fordern „gründliche Untersuchung“ des Anschlags auf Bischof Carlassare

Juba (Fides) - "Wir bitten die Behörden, eine gründliche Untersuchung dieses Vorfalls zu gewährleisten und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen", so die katholischen Bischöfe des Sudan und des Südsudan, die gemeinsam die Behörden aufgefordert haben, eine gründliche Untersuchung der Schüsse auf den aus Italien stammenden Rumbeker Bischof Christian Carlassare am 25. April 2021 durchzuführen.

Unterdessen war zunächst der ehemalige Diözesankoordinator der Diözese Rumbek, Pfarrer John Mathiang Machol, 2023 vom Obersten Gericht in Juba wegen seiner Beteiligung an dem Angriff auf Bischof Carlassare zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Letzten Monat hob der Oberste Gerichtshof jedoch das Urteil gegen den Priester auf, nachdem sein Verteidiger Malith Jokthiang erklärt hatte, das Gericht habe keine Beweise gegen seinen Mandanten gefunden.

Am vergangenen Dienstag, den 16. April, verkündeten nun die örtlichen Bischöfe die Suspendierung von Pfarrer Machol „a divinis“ gemäß dem kanonischen Recht.

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz und Erzbischof von Juba, Kardinal Stephen Ameyu Martin Mulla, erklärte vor der Presse in Juba, die Kirche sei nach der Freilassung von Pfarrer Machol solidarisch mit Bischof Carlassare. "Wir bekunden unsere tiefe Solidarität mit unserem Mitbruder, Bischof Christian Carlassare von Rumbek, nach der kürzlichen Freilassung von Pfarrer John Mathiang Machol, dem Hauptverdächtigen bei dem Mordversuch an dem Bischof vor drei Jahren", sagte er. Die Bischöfe verurteilten den „grausame Gewaltakt“ gegen Bischof Carlassare, und forderten die Behörden auf, für eine gründliche Untersuchung zu sorgen, um die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. "Wir verurteilen auf das Schärfste die grausame Gewalttat gegen einen Geistlichen der Kirche. Angriffe auf Religionsvertreter haben in einer gerechten und friedlichen Gesellschaft keinen Platz".

(L.M.) (Fides 19/4/2024)

Ukraine: „Unglaubliche Selbstaufopferung“ der Evangelikalen

Institutsleiter aus Lwiw berichtet im Deutschen Pfarrerblatt

Kassel/Lwiw (IDEA) – Der Direktor des Eastern European Institute of Theology, Roman Soloviy (Lwiw/Lemberg), hat den Einsatz der ukrainischen Evangelikalen für ihr Land gewürdigt, das seit über zwei Jahren unter dem russischen Angriffskrieg leidet. Diese kritischen Umstände hätten „das tiefe Ethos der evangelikalen Kirchen in der Ukraine ans Licht gebracht“. Sie verkörperten „mit unglaublicher Selbstaufopferung und Hingabe täglich die wichtigsten Gebote des Reiches Gottes“: Liebe, Barmherzigkeit und Mitgefühl, schreibt der Theologe in der aktuellen Ausgabe des Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrerblatts. Von den ersten Stunden des Krieges an hätten Tausende von evangelikalen Gemeinden ohne jegliche Koordination oder Anstoß von außen ein umfassendes System der Rettung und Hilfe für die Opfer gebildet. Evangelikale Christen hätten ihre kirchlichen und privaten Räumlichkeiten für die Flüchtlinge geöffnet und mit Unterkünften Transport- und Lebensmitteln sowie medizinisch versorgt. Laut Soloviy haben sich viele Evangelikale den ukrainischen Streitkräften angeschlossen. Einige dienten als Sanitäter oder Seelsorger, andere verteidigten ihr Land mit der Waffe. Jedes Mal, wenn ein Teil des ukrainischen Territoriums befreit werde, schickten evangelikale Gemeinschaften des Landes Bautrepps in die verwüsteten Städte und Dörfer, um zerstörte Häuser wieder aufzubauen, sowie Konvois mit Hilfsgütern. Gleichzeitig leisteten Evangelikale selbst als kleine Gruppen Vertriebener umfassende Unterstützung für ihre benachteiligten Landsleute. Soloviy hatte nach eigenen Angaben vor dem Krieg wiederholt darauf hingewiesen, dass sich die evangelikalen Kirchen in der Ukraine zu wenig im sozialen Bereich engagierten. Ihnen habe es auch an ökumenischer Offenheit gefehlt. All diese Schwächen hätten sich jedoch als unbedeutend erwiesen, als das ganze Land – Soloviy vergleicht es mit dem Überfallenen in der Geschichte vom barmherzigen Samariter (Lukas 10) – „einem heimtückischen und grausamen Verbrecher zum Opfer fiel“.

Die religiöse Dimension des Krieges

Der Theologe übt scharfe Kritik daran, dass „die Führung des Agressorlandes“ die Feindseligkeiten religiös begründe. Sie rechtfertige „ihren ungerechten, verbrecherischen Krieg mit der Notwendigkeit, ukrainische ‚Fanatiker‘ zu bekämpfen, die die Werte der russisch-orthodoxen Kirche, des Islam und des Judentums aufgeben wollen“. Die neue Ideologie der Invasoren sei die sogenannte „vollständige De-Satanisierung“ der Ukraine. Damit deuteten die Russen „die unprovokierte Aggression gegen das Nachbarland als einen ‚Religionskrieg‘, in dem die Ukrainer als metaphysisches Übel auftreten, das bedingungslos vernichtet werden muss“. Tatsächlich habe dieser Krieg eine religiöse Dimension, aber eine andere als jene, die die russischen Führer und Propagandisten ihm zuschreiben versuchten. Soloviy erinnert in diesem Zusammenhang an den alttestamentlichen Bericht vom Exodus der Israeliten aus Ägypten. Seit Jahrtausenden inspiriere dieses biblische Motiv der Befreiung alle Versklavten, für ihre Freiheit von politischer, sozialer und geistiger Unterdrückung zu kämpfen. „Auch die Ukrainer sehen diesen Krieg unter dem Blickwinkel des Exodus, der Erlösung von der tödlichen Macht des Imperiums und des neuen Pharaos, der von der Gier nach Macht verrückt geworden ist.“ Soloviy verweist darauf, dass durch den Krieg mehrere zehntausend Menschen getötet und mehr als sieben Millionen Ukrainer zu Flüchtlingen wurden, davon über fünf Millionen im eigenen Land. Mehr als 1,5 Millionen Ukrainer seien gewaltsam nach Russland deportiert worden. Herausgeber des Pfarrerblatts ist der Verband Evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland (Kassel).

USA: Anti-israelische Kundgebungen

Dramatische Lage für jüdische Studenten an der Columbia-Universität

An der Columbia-Universität in New York bekunden Demonstranten Unterstützung für die Hamas und das Terrormassaker. Viele Juden sorgen sich um ihre Sicherheit.

Von Israelnetz vom 22. April 2024

NEW YORK (inn) – Die Lage für Juden an der Columbia-Universität in New York hat in den vergangenen Tagen eine besonders dramatische Entwicklung genommen: Infolge von anti-israelischen, anti-jüdischen und terrorunterstützenden Protesten hat ein Rabbiner jüdischen Studenten am Sonntagmorgen geraten, den Campus wegen der Gefahrenlage vorerst zu meiden.

Seit einigen Tagen kommt es zu heftigen Protesten. Die Aktivisten errichteten am Donnerstag ein Zeltlager unter dem Wahlspruch „Solidarität für Gaza“. Sie forderten unter anderem den Universitäts- und Wirtschaftsboykott Israels. Die Präsidentin der Universität, Minouche Shafik, forderte die Polizei an, da das Zeltlager eine „klare und reale Gefahr“ für die Abläufe an der Universität darstelle. Bei dem Einsatz beseitigten die Beamten das Zeltlager und nahmen rund 100 Aktivisten fest.

Menschenkette gegen Juden

Tags darauf lagerten die Aktivisten wieder auf dem Campus, diesmal ohne Zelte, aber mit dem Titel „Zeltlager für die Solidarität mit Gaza“. Im Verlauf dieser Kundgebung kam es bis zum Samstagabend zu bemerkenswerten Szenen, die zum Teil in Kurzfilmen auf Social-Media-Kanälen festgehalten wurden. In einem Fall bildeten die Protestler eine Menschenkette, um jüdische Studenten, die an ihrem Davidstern erkennbar waren und als „Zionisten“ eingestuft wurden, vom Protestbereich zu drängen.

Zugleich gab es auch eine Gruppe von Juden, die sich dem Protest anschlossen. Auf einem Plakat schrieben sie „Schabbat Schalom von der Befreiungszone“ und tanzten dazu. Einige trugen ein Palästinensertuch und fast alle eine Maske, so dass ihr Gesicht nicht zu erkennen war.

Aufruf zur Wiederholung des Massakers

Von den Protestlern waren Ansprachen zu hören, die das Terrormassaker vom 7. Oktober feierten. Eine Rednerin sagte, die „Al-Aqsa-Flut“ – so bezeichnet die Terror-Organisation Hamas das Massaker – habe die „Intifada“ wieder auf die weltweite Agenda gebracht. „Dieser aufopfernde Geist der palästinensischen Freiheitskämpfer wird jeden Kampf in jeder Ecke der Welt zum Sieg führen.“

Eine andere Person stand mit verummtem Gesicht vor einer Gruppe von Menschen mit israelischen Fahnen. Sie hielt ein Plakat hoch mit der Aufforderung an die Isadin-al-Qassam-Brigaden, eine militärische Unterorganisation der Hamas, diese Gruppe zu töten: „Die nächsten Ziele von Al-Qassam“ lautete die Aufschrift mit einem Pfeil, der in Richtung der Gruppe wies.

Bei Protesten am Rande des Campus forderte ein verummter Aktivist eine 10.000-fache Wiederholung des Massakers vom 7. Oktober. An jenem Tag wurden rund 1.200 Menschen, größtenteils Juden, ermordet. Mit der Forderung insinuierte er also den Mord an weiteren zwölf Millionen Juden. Schätzungen zufolge leben aktuell weltweit rund 15,3 Millionen Juden.

Rabbiner: Keine Sicherheit für Juden

Die Ereignisse schilderte Rabbiner Elie Buechler von der Initiative Jüdisches Lernen auf dem Campus (JLIC) in einer WhatsApp-Nachricht an jüdische Studenten als „schrecklich und tragisch“. Es sei nun klar, dass weder der Sicherheitsdienst der Universität noch die Polizei von New York die Sicherheit jüdischer Studenten gewährleisten könnten. Buechler sprach von „extremem Antisemitismus und Anarchie“.

Die Nachricht ist keine offizielle Mitteilung seiner Organisation, sondern die persönliche Einschätzung Buechlers. Dem CNN-Journalisten Jack Tapper sagte er, er habe am laufenden Band Nachrichten von Studenten erhalten, die sich bedroht fühlten. Es habe Aufrufe gegeben, Juden zu töten oder Tel Aviv abzubrennen. Die Aktivisten hätten Juden aufgefordert, „nach Polen zurückzukehren“.

Einschreiten der Nationalgarde gefordert

Der israelische Professor Schai Davidai protestiert bereits seit Monaten lautstark gegen antisemitische Proteste auf dem Campus. Die jüngsten Ereignisse sieht er als Beleg für eine offene Unterstützung der Hamas. Er beklagte, dass die Universität unter Leitung von Präsidentin Shafik nichts unternehme.

Daher forderte er den Bürgermeister von New York, [Eric Adams](#) (Demokraten), dazu auf, zu handeln. „Wir brauchen nicht ihre leeren Worte, dass das nicht in Ordnung sei. Gerade jetzt sind wir nicht Ordnung.“ Davidai appellierte auch an die Gouverneurin des Staates New York, Kathy Hochul (Demokraten), die Nationalgarde zu schicken. „Wir glauben an Redefreiheit. Aber genug ist genug.“

Shafik: Antisemitische Sprache nicht hinnehmbar

Shafik teilte in einer Stellungnahme vom Montag mit, dass der Unterricht an der Universität vorerst virtuell ablaufe. Wer nicht am Campus lebe, solle nicht auf das Hochschulgelände kommen. In den kommenden Tagen werde eine Arbeitsgruppe zu dieser „Krise“ beraten, „um das Semester friedlich zu beenden“. Mit Blick auf die Proteste sei sie offen für Diskussionen. „Aber wir können nicht zulassen, dass eine Gruppe Bedingungen diktiert und wichtige Meilensteine wie Abschlussprüfungen stört, um ihre Meinung kundzutun.“

Weiter verurteilte sie die Verwendung von antisemitischer Sprache auf dem Campus als „nicht hinnehmbar“. Es würden angemessene Gegenmaßnahmen eingeleitet. Sie rief die betroffenen Personen auf, entsprechende Vorfälle zu melden.

Biden: Kein Platz für Antisemitismus

US-Präsident Joe Biden (Demokraten) ging in einer Mitteilung vom Sonntag anlässlich des Passahfestes auf die Gewaltaufrufe gegen Juden ein. „Dieser unverhohlene Antisemitismus ist verwerflich und gefährlich – und er hat absolut keinen Platz an Universitäten oder andernorts in unserem Land.“ Die Regierung werde die Nationale Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus „aggressiv“ umsetzen, um die jüdische Gemeinschaft mit der ganzen Kraft der Bundesregierung zu schützen.

Die Biden-Regierung hatte besagte Strategie im Mai 2023 vorgestellt. Bereits damals hieß es, dass Antisemitismus in der amerikanischen Gesellschaft zunehmend „normal“ werde. An Universitäten würden Studenten oder Lehrkräfte verhöhnt und ausgeschlossen, „oft wegen ihrer tatsächlichen oder wahrgenommenen Ansichten zum Staat Israel“. Als eine von vier „Säulen“ nannte das Dokument die Verbesserung der Sicherheit jüdischer Gemeinschaften.

Diasporaminister: Woker Geist kennt keine Wahrheit

Der israelische Präsident Jizchak Herzog nannte die Vorkommnisse an der Columbia-Universität „zutiefst verstörend“. Nun sei entschiedenes Handeln gefordert, schrieb Herzog am Sonntag auf der Plattform X. Die akademische Freiheit und das Leben von Juden an Universitäten sei in Gefahr.

Diaspora-Minister Amichai Schikli (Likud) schrieb, dass die „progressive woke Kultur“ keine Wahrheit kenne. Doch diese gebe es, und ohne sie verschwände der Unterschied von Gut und Böse. Schikli ermutigte die betroffenen Studenten, sich nicht zurückzuziehen. Zugleich müssten sie den Aktivisten nichts entgegenen. „Sie sind von Hass verzehrt und hören nicht auf Vernunft.“ (df)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]